

Bayerischer Landtag
Stenographischer Bericht

146. Sitzung

Freitag, den 29. Mai 1953

Geschäftliche Mitteilungen	1451, 1474
Dringlichkeitsantrag der Abg. von Knoeringen u. Fraktion, Dr. Baumgartner u. Fraktion, Dr. Strosche u. Fraktion betr. Gestaltung des kommenden Bundeswahlrechts nach den Grundsätzen des bayerischen Landeswahlrechts (Beilage 4147)	
Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses (Beilage 4152)	
Dr. Raß (BP), Berichterstatter	1451
Zillibiller (CSU)	1452
Haufleiter (fraktionslos)	1452
Dr. Eberhardt (FDP)	1453
Beschluß	1454
Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses für Filmkredite (vgl. 144. Sitzung S. 1342)	
Beschluß	1454
Haushalt des bayer. Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr (Epl. 07) — Fortsetzung der Beratung	
Sichler (SPD)	1454
Dr. Schedl (CSU)	1458
Klotz (BP)	1462
Piehler (SPD)	1465
Dr. Seidel, Staatsminister	1470
Abstimmung	1473
Nächste Sitzung	1474

Präsident Dr. Dr. Hundhammer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 1 Minute.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich eröffne die 146. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Der Schriftführer verliest das Verzeichnis der vorliegenden Entschuldigungen.

Gräßler, Schriftführer: Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt oder beurlaubt die Abgeordneten Bachmann Wilhelm, Dr. Baumgartner, Bezold, Bielmeier, Dr. Bungartz, Greib, Grosch, Hillebrand, Högn, Dr. Jüngling, Knott, Kraus, Lallinger, Menger, Mack, Nagengast, Ostermeier, Pösl, von Rudolph, Schmid, Sittig, Stain, Thannbichler, Wölfl.

Präsident Dr. Hundhammer: Es liegt ein Schreiben des Herrn Abgeordneten von Rudolph vor, der auf Grund einer beigefügten ärztlichen Bescheinigung bis Ende Juli um Erholungsurlaub in einem Sanatorium bittet. Ich schlage dem Hohen Hause vor, den Urlaub wie beantragt zu genehmigen. — Es erhebt sich keine Erinnerung dagegen.

Ich möchte ferner bekanntgeben, daß eine Einladung von der Expositur Frauenchiemsee zur Teilnahme an der Fronleichnahmsprozession auf Frauenchiemsee eingelaufen ist. Ich gebe das für diejenigen Abgeordneten bekannt, die daran Interesse haben.

Der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen hat sich gestern mit dem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten von Knoeringen und Fraktion, Dr. Baumgartner und Fraktion, Dr. Strosche und Fraktion betreffend Gestaltung des kommenden Bundeswahlrechts nach den Grundsätzen des bayerischen Landeswahlrechts (Beilage 4147) befaßt.

Ich schlage vor, diese Angelegenheit jetzt im Plenum gleich zu behandeln. — Eine Erinnerung erhebt sich nicht dagegen. Ich rufe also auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten von Knoeringen und Fraktion, Dr. Baumgartner und Fraktion, Dr. Strosche und Fraktion betreffend Gestaltung des kommenden Bundeswahlrechts nach den Grundsätzen des bayerischen Landeswahlrechts (Beilage 4147).

Den Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 4152) erstattet der Herr Abgeordnete Dr. Raß. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Raß (BP), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen hat sich in seiner 158. gestrigen Sitzung mit dem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten von Knoeringen und Fraktion, Dr. Baumgartner und Fraktion, Dr. Strosche und Fraktion betreffend Gestaltung des kommenden Bundeswahlrechts nach den Grundsätzen des bayerischen Landeswahlrechts befaßt. Berichterstatter war ich selbst, Mitberichterstatter Kollege Dr. Keller.

Der Berichterstatter bezeichnete das Wahlrecht als eine der wichtigsten Grundlagen der Demokratie und bedauerte, daß das Bundeswahlgesetz wenige Wochen vor der Wahl noch nicht verabschiedet ist. Das bayerische Landeswahlrecht sei eine glückliche Verbindung von Verhältnis- und Mehrheitswahl und habe der Persönlichkeitswahl zum Durchbruch verholfen. Es sei deshalb zweckmäßig, von einem so großen Bundesland wie Bayern anzuregen, dieses bewährte Landeswahlrecht auf den Bund zu übernehmen.

(Dr. Raß [BP])

Der **Mitberichterstatter** vermutete, daß das verworrene Tauziehen in Bonn in absehbarer Zeit zu keinem Ergebnis führen werde. Er war der Ansicht, daß höchstens Anfang Juli mit der Verabschiedung des Wahlgesetzes gerechnet werden könne und wenn der Vermittlungsausschuß angerufen werden sollte, dann würde es nach seiner Ansicht noch länger dauern. Ein so großes Land wie Bayern sollte deshalb die Gelegenheit wahrnehmen, seine Stimme zu erheben. Die Bundestagswahlen würden ja in den Ländern durchgeführt und es würde große Schwierigkeiten verursachen, wenn die Wahlvorbereitungen nicht rechtzeitig getroffen werden könnten. Die Staatsregierung sei nicht darauf angewiesen, erst im Bundesrat ihre Meinung vorzubringen, denn gemäß Artikel 43 Absatz 2 des Grundgesetzes könnten Mitglieder des Bundesrats oder ihre Beauftragten, zum Beispiel also der Herr Ministerpräsident oder ein Ministerialreferent, auch in den Bundestagsausschüssen das Wort ergreifen.

An der anschließenden Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Jüngling, Dr. von Prittowitz und Gaffron, Dr. Brücher, der Vorsitzende des Ausschusses Stock, die Abgeordneten Klammt, Donsberger, Knott, Zillibiller, Piechl, Dr. Zdralek und Bauer Hannsheinz.

Mit Ausnahme der Abgeordneten Dr. von Prittowitz und Gaffron und Zillibiller sprachen sich sämtliche Redner für den Antrag aus. Dr. von Prittowitz und Gaffron konnte sich aus praktischen Gründen mit dem Antrag nicht befrieden. Nach seiner Ansicht seien die Ebene des Bundes und des Landes klar voneinander zu trennen. Der Abgeordnete Zillibiller war aus Gründen des Taktes gegen den Antrag. Er meinte, der Landtag solle sich nicht in diese eigene Angelegenheit des Bundestags einmischen.

Der **Berichterstatter** und der **Mitberichterstatter** beantragten Annahme des Dringlichkeitsantrags. Dieser wurde dann bei zwei Stimmenthaltungen gegen eine Stimme angenommen. Ich empfehle dem Hohen Hause, dem Beschuß des Ausschusses beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Als erstem Redner zu diesem Dringlichkeitsantrag erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Zillibiller.

Zillibiller (CSU): Meine Damen und Herren! Über den vorliegenden Antrag haben wir uns in unserer Fraktion unterhalten. Wir haben uns nicht dazu entschließen können, als Fraktion zu unterschreiben. Wir sind der Ansicht, daß es, ich möchte sagen, etwas Anmaßendes unsererseits wäre, wenn wir uns in Dinge, die eine **reine Frage des Bundestags** sind, einmischen wollten.

Wir sind erfreut, aus diesem Antrag zu sehen, daß das bayerische Wahlrecht, das, als es seinerzeit angenommen wurde, absolut nicht so glatt über die Bühne gegangen ist, heute als Beispiel hingestellt wird. Wir würden uns freuen, wenn dann, wenn

in Bayern für die nächste Landtagswahl das Wahlgesetz wieder behandelt werden wird, die Grundlagen des jetzigen Gesetzes in Bayern wenigstens aufrecht erhalten werden würden. Wir halten es nicht für angebracht, uns in Angelegenheiten des Bundes t a g s in dieser Form einzumischen. Wäre es eine Frage des Bundes r a t s , so lägen die Dinge schließlich anders. Es ist nun aber auch nicht so, als ob das bayerische Wahlgesetz im Bund nicht bekannt wäre; denn Kollege Dr. Jäger, der der Vertreter meiner Fraktion im Wahlrechtsausschuß des Bundestags ist, hat mir vor Wochen, längst bevor diese unliebsame Diskussion im Bundestag stattgefunden hat, versichert, wir würden mit dem Mehrheitswahlrecht nicht durchkommen, und dann schiene es angebracht, als bestes Mischwahlsystem das bayerische Wahlsystem im Bund zu übernehmen. Ich bin davon überzeugt, daß Kollege Jäger diese Dinge im Wahlrechtsausschuß des Bundestags zur Sprache gebracht hat. Wenn er dort mit seinem Vorschlag nicht durchgekommen ist, so liegt das an anderen Umständen. Diese Umstände haben wir, meiner Ansicht nach, von Bayern aus nicht zu korrigieren. Die Diskussion über das Bundeswahlgesetz geht jetzt im Bund weiter, und wir hoffen, daß man dort zu einem Ende kommen wird, und zwar je eher desto lieber. Auch wir sind der Ansicht, daß es unglücklich ist, wenn jeweils vor einer Neuwahl ein neues Wahlgesetz debattiert wird. Wir sind auch der Meinung, daß das Wahlgesetz durch mehrere Perioden des Bundestags aufrecht erhalten werden soll.

Ich möchte ausdrücklich erklären, daß wir uns von den Manipulationen, die zum Teil mit diesem Wahlrecht versucht worden sind, absolut distanzieren. Es soll das keineswegs eine Verteidigung der Mittel und Wege sein, die der Bund in dieser Angelegenheit angewendet und beschritten hat. Andererseits halten wir es aber nicht für angebracht, uns in Angelegenheiten des Bundestags in dieser Frage einzumischen. Die Fraktionsmitglieder werden sich deshalb zum großen Teil der Stimme enthalten.

Präsident Dr. Hundhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Haufleiter; ich erteile ihm das Wort.

Haufleiter (fraktionslos): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich glaube, in der Frage des Bundestagswahlrechts ist in der Tat eine Art demokratischer Notstand entstanden. Es ist von uns und wohl sogar von jedem Mann auf der Straße aus gesehen geradezu unwahrscheinlich, was sich auf diesem Gebiet ereignet. Wir stehen jetzt ganz kurze Zeit vor der Wahl und weder der Wähler kann darüber aufgeklärt werden, wie er wählen soll, noch die Parteien wissen, wie sie ihre Vorbereitungen treffen sollen. Wir haben nur einen Regierungsentwurf vor uns. Ich halte es für dankenswert, daß sich Herr Kollege Zillibiller von den Machenschaften in Bonn distanziert hat. Ich nehme an, daß er unter den Machenschaften von Bonn den **Regierungsentwurf von Bonn** gemeint hat, der allerdings die größte Machenschaft an demokratischer

(Haußleiter [fraktionslos])

oder pseudodemokratischer Manipulation ist, die man bisher in einer Wahlrechtsfrage in einem Staat, der sich demokratisch nennt, versucht hat.

Ich muß Ihnen sagen, daß ich ein wenig überrascht war, auf welche Weise man versuchte, diesen Vorschlag zu retten. Man hat ihn mit dem australischen Wahlrecht verglichen, und mit den Sprüngen eines Känguruhs hat man versucht, eine Erklärung für die Sprünge des Lehr'schen Wahlrechtsvorschlags zu finden. Ich muß Ihnen sagen, daß ein Känguruhs ein logisch und geradezu geometrisch vorgehendes Tier ist, verglichen mit den Rösselsprüngen, die das Wahlrecht des Herrn Dr. Lehr uns zu zeigen versucht. Wie sieht es aus? Im Grunde ganz einfach. Es hat sich ein Konzern gebildet zum Zwecke der Fortsetzung der gegenwärtigen Koalition. Die Bildung eines solchen Konzerns ist durchaus undemokratisch; denn die Möglichkeit einer Ablösung gehört zum Wesen der Demokratie. Wer ein Wahlrecht schafft, durch das die Ablösung verhindert werden soll, schafft damit de facto die Demokratie ab.

Wir haben das Wahlrecht des Herrn Dr. Lehr sehr sorgfältig durchgerechnet. Nach dem Wahlrecht des Herrn Dr. Lehr hätte die gegenwärtige Koalition bei den vergangenen Wahlen bei der Wahl des Herrn Bundeskanzlers nicht nur eine Stimme mehr erhalten, sondern etwa 76 bis 78 Prozent Mehrheit besessen. Das bedeutet folgendes: Man versucht, die gegenwärtige Regierung von der Wahl her unantastbar zu machen. Ich will nicht behaupten, daß ein Vergleich mit dem Wahlrecht des Dritten Reiches möglich sei; denn dort hat man 99 Prozent erreicht, während man mit diesem Wahlrecht nur 78 Prozent erreichen würde.

(Lachen bei der SPD)

Der Unterschied zwischen der Diktatur und der Demokratie beträgt in Deutschland immerhin noch 20 Prozent, und diese 20 Prozent seien gesegnet! So, wie es hier versucht worden ist, geht es aber aus einem ganz bestimmten Grund unter gar keinen Umständen. Die Parteien, die diese Konzernbildung über ein manipuliertes Wahlrecht versuchen, werden aus einer Quelle, und zwar anteilmäßig finanziert, und da werden die Dinge tödlich ernst. Da ereignet sich nämlich folgendes: Die Finanziers des Konzerns, der das Wahlrecht manipuliert, wollen ihr Geld nicht in ein unsicheres Geschäft stecken. Damit das Geschäft sicher ist, bauen sie ein System aus, das ihnen, selbst bei einer geringen Mehrheit, einen sicheren Erfolg gibt.

(Zuruf von der SPD: Staatsbürgschaft!)

— Ja, es ist in der Tat ein Versuch, an die Stelle der Staatsbürgschaft, die unter Umständen verloren sein kann, ein Wahlrecht zu setzen, auf Grund dessen für den finanzierten Konzern unter gar keinen Umständen etwas verloren gehen kann.

Und nun wundere ich mich ein wenig — das darf ich sagen — über den Kollegen Zillibiller. Ich war manches Mal kritisch, wenn ich in dieser Nachkriegszeit Bayern als ein vorbildlich demokratisches Land gegenüber den schlechteren Preußen.

rühmen hörte. Mir schien es nicht ganz richtig, eine Art undemokratischer Kollektivschuld auf Preußen abzuladen. Aber eines scheint mir vorzuliegen: In der Frage des Wahlrechts ist in Bonn weit über die Wahlrechtsfrage hinaus in einer Weise Porzellan zerschlagen worden,

(Richtig! in der Mitte)

die das Mißtrauen gegen diesen Staat in einer unwahrscheinlichen Weise vertieft hat, weil jeder sagt: Was wollt ihr denn? Ob wir zur Urne gehen oder nicht, die regieren auf jeden Fall weiter, die haben manipuliert! — Überdies haben sie nicht sehr geschickt manipuliert. Wenn man so ein wenig die Spuren verwischt und es geschickt macht, hat auch der Zuschauer immer noch ein gewisses ästhetisches Interesse. An dem Vorgang, der sich in der Wahlrechtsfrage abgespielt hat, kann man aber weder ein moralisches noch ein ästhetisches Vergnügen haben, sondern es ist geradezu ein obszöner Vorgang, wenn man zusehen muß, wie sich der Herr Hellwege und der Herr Lehr auszurechnen suchen, auf welche Weise sie den Volkswillen bei der Wahl hintergehen können.

Wenn wir nun feststellen, daß ein demokratischer Notstand entstanden ist, müßte eigentlich ein Land eingreifen, daß sich seiner besonderen Neigung und seiner Wesensart nach als ein besonders demokratisches Land gerühmt hat. Und hier ist es wieder die CSU, die uns die Vorbildlichkeit der bayerischen Mentalität auf diesem Gebiet so oft vor Augen gestellt hat. Da also Bonn nicht in der Lage ist, ein Wahlrecht zu schaffen, das überzeugend wirkt, und wenn dabei überdies die Vorgänge so unerträglich sind, daß sich selbst die CSU davon distanzieren muß, obwohl sie in der Bonner Regierung immerhin eine gewisse Rolle spielt, dann, meine ich, sollte das vorbildliche demokratische Land Bayern in diesen demokratischen Notstand eingreifen. Deshalb hielte ich es für ausgezeichnet, wenn die CSU ihren Entschluß in diesem Punkt ändern könnte; denn sie hat in der Tat maßgeblich am bayerischen Wahlrecht mitgeschaffen. Wenn Sie schon von Mehrheitswahlrecht sprechen, dann ist es die günstigste Lösung, die heute überhaupt erreichbar ist. Deshalb hielte ich es für eine ausgezeichnete Demonstration, wenn Sie, meine Herren von der CSU, nicht gegen diesen notwendigen, in diesem Zeitpunkt meiner Ansicht nach sogar unvermeidlichen Vorschlag stimmen würden, sondern wenn Sie sich entschließen würden, mit uns für das Wahlrecht auf Bundesebene zu stimmen, das Sie selber auf der Landesebene mit solcher Intensität mitgeschaffen und mitvertreten haben.

(Beifall bei der SPD und der DG)

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt als Redner der Herr Abgeordnete Dr. Eberhardt.

Dr. Eberhardt (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist hier nicht der Ort, über den Inhalt und die Bedeutung des Bundeswahlrechts zu sprechen. Das hat der Herr Kollege Zillibiller schon getan. Der heutige Antrag hat uns Gelegenheit gegeben, in Einzelheiten des Wahl-

(Dr. Eberhardt [FDP])

rechtsvorschlags und der Wahlrechtsdebatte des Bundestags hineinzu leuchten, die in dieser kurzen, ausschnittsweisen Darstellung zwangsläufig ein durchaus falsches Bild ergeben müssen, zumal uns besonders interessiert hat, daß gerade der Herr Kollege Haußleiter in so starkem Maße die Fahne der Demokratie hochgehalten hat. So etwas kommt dann bei solchen Debatten heraus.

Wir stehen auf dem Standpunkt — das ist kein Geheimnis, wir haben das ja auch durch die Presse kundgegeben —, daß das bayerische Wahlrecht in der Tat auch für den Bund das geeignete Wahlrecht wäre. Wir haben deshalb, so wie sich das im Rahmen der Demokratie innerhalb von Bund und Ländern gehört, unsererseits bei unserer Parteileitung in Bonn mit aller Gewalt dafür Stimmung gemacht und sind mit aller Energie dafür eingetreten, daß die **Gesichtspunkte des bayerischen Wahlrechts** auch dort vertreten und durchgesetzt werden. Das ist die Aufgabe, die die Parteien der Länder gegenüber der Bundespartei haben. Diese Verpflichtung haben wir erfüllt. Mehr zu tun, sind wir nicht in der Lage. Aus demselben Gesichtspunkt, den der Kollege Zillibiller bereits hervorgehoben hat, steht meine Fraktion überwiegend auf dem Standpunkt, daß es ein In-den-Rücken-fallen bei den Verhandlungen in Bonn wäre, wenn wir hier eine Stellung beziehen würden, die zwar unserer Meinung nach richtig ist, die wir aber mit Rücksicht auf die Verteilung der Exponenten der Politik im Land und im Bund hier nicht geltend machen können, ohne uns mit Bonn abzustimmen. Daher ist die Konsequenz für meine Partei dieselbe wie für die CSU, nämlich daß wir uns wenigstens überwiegend unserer Stimme enthalten.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Aussprache ist geschlossen; wir kommen zur Abstimmung. Ihnen liegen vor der Antrag auf Beilage 4147 und der Ausschußbericht auf Beilage 4152. Wer dem Ausschußvorschlag auf Zustimmung beitritt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei Stimmenthaltung der Fraktion der CSU und der Mehrheit der Fraktion der FDP ist der Antrag angenommen.

(Abg. Dr. Keller: Föderalismus! — Abg. Eberhard: Das hat mit Föderalismus nichts zu tun, erzählen Sie nichts von Föderalismus!)

Wir haben nun endgültig zu verabschieden die **Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses für Filmkredite.**

In der 144. Sitzung am 27. Mai habe ich die von den einzelnen Fraktionen vorgeschlagene Liste bekanntgegeben. — Es erhebt sich keine Erinnerung gegen die endgültige Bildung des Ausschusses in dieser Form. Ich stelle das fest. Der Ausschuß ist gebildet.

Wir fahren nunmehr fort in der Beratung des

Haushalts des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr (Einzelplan 07)

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Sichler; ich erteile ihm das Wort.

Sichler (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Wirtschaftsminister Dr. Seidel hat sich in seiner gestrigen Haushaltsrede erfreulicherweise längere Zeit mit einem Problem beschäftigt, das nicht nur jedem Abgeordneten des Bayerischen Landtags, sondern jedem verantwortungsbewußten Politiker in Deutschland am Herzen liegen muß, nämlich dem **Problem des Grenzlandes**. So erfreulich es war, daß sich der Herr Wirtschaftsminister ganz besonders mit dem Grenzlandproblem in Oberfranken beschäftigt hat — wir geben zu, daß die oberfränkische Wirtschaft ohne Zweifel ein wichtiger Faktor in der Wirtschaft Bayerns ist —, so bedauerlich ist es, daß er sich nicht mit dem ältesten Grenzland, nämlich mit dem, das an die Tschechoslowakei grenzt, ebenso intensiv beschäftigt hat. Es muß einmal ganz deutlich ausgesprochen werden, daß ganz besonders dieses **alte Grenzland entlang der Tschechoslowakei** von den früheren bayerischen Staatsregierungen jahrzehntelang, ja vielleicht ein Jahrhundert lang vernachlässigt wurde. Wenn man gestern die Worte des Herrn Staatsministers Dr. Seidel verfolgt hat und wenn ich — mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten — einen Zeitungsartikel vornehmen darf, in dem die bayerische Staatsregierung etwas angeschuldigt wird, dann taucht bei uns, die wir aus diesem Grenzgebiet kommen, das Gefühl auf, daß dieses Gebiet auch weiterhin vernachlässigt werden soll. Der erwähnte Artikel, der am Mittwoch, den 25. März in der „Mittelbayerischen Zeitung“ geschrieben wurde, stammt wohlweislich von keinem Sozialdemokraten, sondern von dem **Bundestagsabgeordneten der CSU Dr. Solleder** aus Regensburg. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Wirtschaftsminister, wenn Sie mir in Ihrer Schlußrede zu diesem Artikel die notwendige Aufklärung geben könnten. Dr. Solleder schreibt in seiner Eigenschaft als Bundestagsabgeordneter der CSU unter der Überschrift „Ostbayerns Abgeordnete kämpfen in Bonn, aber die Unterstützung von München fehlt“ unter anderem:

„Ernsthaft Kritik bayerischer CSU-Kreise in Bonn an der Haltung der bayerischen Staatsregierung wegen fehlender Unterstützung ostbayerischer Wirtschaftsbelange wurde in letzter Zeit wiederholt vorgetragen. Diese Haltung Münchens seit um so bedauerlicher, wurde erklärt, als jetzt konkrete Anzeichen vorlägen, daß die Bundesregierung in nächster Zeit positive Entscheidungen für Ostbayern treffen werde. Ihre Auswertung würde jedoch nur dann entscheidende Folgen für Ostbayern haben, wenn die bayerische Staatsregierung in entsprechender Weise, entgegen ihren bisherigen Gepflogenheiten, die Bemühungen bayrischer Bundestagsabgeordneter unterstützen.“

Weiter schreibt der Herr Bundestagsabgeordnete Dr. Solleder über verschiedene Projekte, die in diesem bayerischen Grenzland zur Durchführung gebracht werden sollen. Im Schlußsatz dieses Artikels heißt es:

„Dr. Solleder äußerte unserem Korrespondenten gegenüber, daß eine Aussicht auf Verwirk-

(Sichler [SPD])

lichung der vorliegenden Projekte nur dann gegeben sei, wenn München den bayerischen Abgeordneten in Bonn die entsprechende Rückendeckung gebe. Bisher seien Bayern vom Bund 8 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden. Diese Mittel sind vorzeitig von München aus abgezweigt worden, so daß Ostbayern nur selten in den Genuß der ihm zugesuchten Summen kam.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Staatsminister, soweit der Artikel des Herrn Bundestagsabgeordneten Dr. Solleder! Ich wäre Ihnen sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie widerlegen könnten, was Herr Dr. Solleder in seinem Artikel niedergeschrieben hat.

Nun hat einer meiner Herren Vorredner, ich glaube, es war der Herr Kollege Geiger, von dem sogenannten „Deutschen Wirtschaftswunder“ gesprochen, und ich habe mir während seiner Ausführungen meine Gedanken gemacht über das **Elendsgebiet des Bayerischen Waldes**, in dem wir leider von diesem „Deutschen Wirtschaftswunder“ bis jetzt beileibe noch nichts gespürt haben. Ich kann Ihnen mit Zahlen beweisen, daß dort das Gegenteil von einem „Deutschen Wirtschaftswunder“ eingetreten ist. Während wir zum Beispiel im Arbeitsamtsbezirk Cham, das die Landkreise Cham, Kötzting, Roding und Waldmünchen umfaßt, im Jahre 1948 11,8 Prozent Arbeitslose hatten bei einem Landesdurchschnitt in Bayern von 5,8 Prozent, hatten wir im gleichen Arbeitsamtsbezirk im Februar 1953 40,2 Prozent und im März 1953 34,5 Prozent Arbeitslose. Im Arbeitsamtsbezirk Deggendorf, der die Landkreise Regen, Viechtach, Deggendorf und Grafenau umfaßt, hatten wir 1948 10,8 Prozent Arbeitslose und im März 1953 35,8 Prozent Arbeitslose. Das ist die **größte Arbeitslosenziffer in der Bundesrepublik Deutschland**. Diese traurige Bilanz ist in jenem bayerischen Grenzlandgebiet aufzuweisen, für das bis jetzt immer zu wenig getan wurde. Ungefähr die gleichen Zahlen weisen auch das Arbeitsamt Passau mit den Landkreisen Passau, Wolfstein, Wegscheid und Vilshofen sowie das Arbeitsamt Straubing mit den Landkreisen Straubing, Bogen und Mallersdorf auf. Zu diesen Arbeitslosenziffern kommt noch hinzu, daß die der öffentlichen Fürsorge Bedürftigen in diesem Gebiet ebenfalls einen bedauerlichen Rekord halten. Während im Jahre 1952, und zwar im Dezember, in ganz Bayern ein Durchschnitt von 20 Prozent öffentlich Unterstützter aufzuweisen war, hatten wir im Landkreis Bogen 36,1 Prozent, im Landkreis Kötzting 49,4 Prozent und im Landkreis Wegscheid 45,8 Prozent öffentlich Unterstützte. Alle übrigen Grenzlandkreise weisen ungefähr denselben Prozentsatz auf. Ich brauche wohl nicht zu erwähnen, daß dementsprechend auch das Steueraufkommen in diesem Notstandsgebiet elend klein ist. Ich glaube, daß sich der Herr Wirtschaftsminister mit diesen Problemen mehr beschäftigen muß; denn wenn wir für diese Gebiete im Bayerischen Wald nicht **Steuerermäßigungen bekommen**, wenn nicht die Hilfe des bayerischen Staates

kommt, werden diese Notstandsgebiete ewig Notstandsgebiete bleiben und dem bayerischen Staat dann weitaus mehr Geld kosten. Während zum Beispiel im Jahre 1952 das durchschnittliche Steueraufkommen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer in Oberbayern pro Kopf der Bevölkerung 108,49 DM betrug, betrug es in der gleichen Zeit im Landkreis Kötzting 5,68 DM und in den meisten übrigen Landkreisen des Grenzlandes nur zwischen 11,59 und 18 DM.

Leider ist der Herr Kultusminister von Bayern augenblicklich nicht hier; denn was ich mir jetzt vorzutragen erlaube, wäre sehr interessant für den Herrn Minister für Unterricht und Kultus in Bayern. Was sich infolge der wirtschaftlichen Verödung des bayerischen Ostraums an sittlicher Verwahrlosung zeigt, ist eine große, große Gefahr für die Bevölkerung der dortigen Gegend. Ich könnte dafür Dutzende von Beispielen bringen. Erlauben Sie mir, daß ich wenigstens zwei Beispiele bringe, eines aus dem Landkreis Wegscheid in Niederbayern und eines aus dem Landkreis Neunburg v. W. in der Oberpfalz. In einer **Denkschrift des Landkreises Wegscheid** heißt es: „Es droht sittliche Verwahrlosung. Zu wenig Aborte! Für 150 Kinder stehen zur Verfügung eine Rinne 1,50 m lang und 2 Sitze. Die Kinder, die hier nicht herankommen, laufen während des Unterrichts eben in die Nachbarhäuser. Die Aborte in unseren Schulen entsprechen nicht einmal den primitivsten hygienischen Anforderungen. Der Gemeinde Thalberg kann die sittliche Not ihrer Schulkinder nicht gleichgültig sein.“ Das staatliche Gesundheitsamt für den Kreis Wegscheid sagt in einem Bericht: „Bei der Besichtigung der Schule waren die völlig unzureichenden baulichen Verhältnisse . . .

(Zurufe)

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter, ich mache Sie auf Grund von Zurufen darauf aufmerksam, daß der Wirtschaftsetat und nicht der Kultusetat zur Behandlung steht. Ich bitte Sie, sich an das Thema zu halten.

Sichler (SPD): Herr Präsident, ich glaube, daß die bedauerlichen Zustände im Bayerischen Wald speziell auf die schlechte **Wirtschaftspolitik**, die bisher für diese Gegend getrieben wurde, zurückzuführen ist.

(Beifall bei der SPD)

Meines Erachtens ist daher jetzt sehr wohl der richtige Platz, über die Probleme der Grenzlandnot zu sprechen. Schade, daß Herr Kollege Geiger nicht im Saal ist. Wir beide waren vor 14 Tagen in Waldmünchen bei einer Grenzlandkundgebung und hatten dort alle Hände voll zu tun, daß wir bei der Empörung der Bevölkerung überhaupt zu Worte kommen konnten.

Präsident Dr. Hundhammer: Über die Grenzlandnot können Sie wohl sprechen, aber nicht so eingehend über schulische Dinge. Nach der Geschäftsordnung habe ich darüber zu wachen, daß die Redner sich an den Gegenstand der Tagesordnung halten.

Sichler (SPD): Ich werde mich bemühen, Herr Präsident. Der Landkreis Neunburg v. W. hat vor zwei Jahren in München eine **Ausstellung** gezeigt „**Vergessener Landkreis**“, und ich hätte nur gewünscht, daß jedes Mitglied dieses Hohen Hauses sich diese Ausstellung angesehen hätte. In diesem Kreis zeigt sich folgendes Bild. Es gibt dort keine Mittelschule, keine Gewerbeschule, keine Turnhalle, kein öffentliches Wannenbad, keine Bibliothek, keine Jugendherberge. Eine Rundfrage in der Schule ergab, daß von 2460 Kindern nur 1492 ein eigenes Bett haben. 795 schlafen zu zweit, 333 mit Erwachsenen. 2456 haben zu Hause kein Bad, 1310 keine Wasserleitung. 1324 keine Zahnbürste usw. Ich glaube, diese trostlosen Zustände sind in aller erster Linie auf die bedauerliche wirtschaftliche Verödung des Grenzlandes zurückzuführen.

Der Herr Wirtschaftsminister hat in seinen Ausführungen erfreulicherweise dargelegt, daß er sich bemüht, eine **Koordinierung in den Grenzlandfragen** herbeizuführen. Wir sind Ihnen, Herr Staatsminister, von ganzem Herzen dankbar. Vor mir liegt eine Menge von Anträgen, die im Deutschen Bundestag gestellt wurden, in denen Grenzlandprogramme, Sanierungsprogramme und alles mögliche gefordert werden. Vor mir liegt auch der Verteilungsplan Ihres Ministeriums vom 12. April 1951, mit dem wir durchaus nicht zufrieden sind und der ja auch bereits eine sehr rege Debatte im Grenzlandausschuß hervorgerufen hat. Ich glaube, es ist höchste Zeit, daß auf diesem Gebiete eine Koordinierung erfolgt.

Was wir für unser Gebiet brauchen, hat der Herr Staatsminister teilweise schon angeführt, und ich erlaube mir, es mit Nachdruck zu wiederholen. Das bayerische Grenzland im Ostraum will vom Staat keine Almosen, sondern nur die Hilfe, die ihm infolge der Grenzziehung des Eisernen Vorhangs gebührt. Wenn jemand glaubt, daß wir nicht am Eisernen Vorhang liegen, weil die alte Grenze gegenüber der Tschechoslowakei dieses Land abgrenzt, dann möchte ich ihn bitten, einmal in diese Gegend zu fahren. Dort ist der Eiserne Vorhang genau so dicht wie in den anderen Gebieten Westdeutschlands.

Der Herr Staatsminister hat bereits erwähnt, daß die Frachtenhilfe in seinem Haushalt wieder enthalten ist, und wir begrüßen das.

Ich glaube, es erübrigt sich auch über die schlechten **Straßenverhältnisse im Bayerischen Wald** zu sprechen. Ich bin aber so aufrichtig zuzugeben, daß auf dem Gebiete des Straßenbaus ohne Zweifel in den letzten Jahren für den niederbayerischen Raum schon etwas geschehen ist. Und wenn Herr Kollege Bantle gestern erklärt hat, daß in Oberfranken in Pfingsten nicht der erwünschte Fremdenzstrom stattgefunden hat, kann ich erfreulicherweise feststellen, daß im Bayerischen Wald diesmal ein sehr starker Fremdenstrom zu verzeichnen war. Deshalb möchte ich die bayerische Staatsregierung beziehungsweise den Herrn Staatsminister Dr. Seidel bitten, dafür zu sorgen, daß dort auch das Straßennetz besser ausgebaut wird und daß vor allen Dingen die Eisenbahn in diese Gebiete anständige

Garnituren gibt. Ich glaube, jeder in diesem Hohen Hause wird mir recht geben, wenn ich sage, die schlechtesten Garnituren der Deutschen Bundesbahn laufen auf der Strecke von München nach Hof und auf den Nebenstrecken hinein in den Bayerischen Wald. Wenn Sie sich einmal ein ausgezeichnetes Sonntagsvergnügen machen wollen, brauchen Sie nur mit der Eisenbahn von Deggendorf nach Bayrisch Eisenstein zu fahren. Ich rate Ihnen aber, dabei nüchtern zu sein, weil Sie sonst nicht wohlbehalten in Bayrisch Eisenstein ankommen werden. Ich möchte Sie also bitten, Herr Staatsminister, darauf hinzuwirken, daß auf den Linien in den herrlichen Bayerischen Wald auch gute Garnituren von der Deutschen Bundesbahn eingesetzt werden. Ich glaube, es kann uns kein Kollege aus Oberbayern böse sein, wenn wir unseren Bayerischen Wald mit genau so heißem Herzen lieben wie der Oberländer seine Berge.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Bitte aussprechen, Herr Staatsminister. Anlässlich der Stadterhebung von Kötzing hat uns der dortige Landrat mitgeteilt, daß die Deutsche Bundesbahn einen **Schienenomnibus** auf der Strecke Schwandorf—Cham—Kötzing—Grafenau—Zwiesel—Passau eingesetzt hat, der dann auf Einspruch der Deutschen Bundespost seine Fahrten wieder eingestellt hat. Ich möchte Sie bitten, soweit Sie dazu in der Lage sind, Herr Staatsminister, dafür zu sorgen, daß dieses neuzeitliche Verkehrsmittel bei uns doch weiterhin eingesetzt wird.

Ich weiß, daß Sie, Herr Staatsminister, nicht schuld sind, aber Sie werden mir recht geben, wenn ich auf folgende Frage hinweise, die das Grenzland hart angeht. Das **Rundholz** wird vom Bayerischen Wald nach Westdeutschland abgefahrene und dafür werden zu 60 und 70 Prozent fertige Möbel nach Bayern eingeführt. Die Schreinermeister können es einfach nicht verstehen, daß der bayerische Staat und die Bundesregierung hier so tatenlos zusehen.

Nun, meine verehrten Kollegen, noch einige kurze Worte zu den Ausführungen meiner Voredner. Herr Kollege Wolf hat gestern gemeint, man könnte eine ideale Lösung finden, wenn der Grenzlandausschuß eine **Fahrt in die Grenzgebiete** macht. Ich möchte davor warnen und zugleich bekanntgeben, daß eine solche Grenzlandfahrt gegebenenfalls ohne uns Sozialdemokraten durchgeführt werden müßte. Wenn Sie eine Grenzlandfahrt machen wollen, mögen Sie fahren, fahren Sie aber mit Gott, Herr Kollege Wolf; denn seit der Seebohm-Reise ist es ratsam, daß sich kein Grenzlandausschuß mehr im Bayerischen Wald sehen läßt nach dem, was damals der Bevölkerung — ich erlaube mir das zu sagen — vorgegaukelt wurde. In jeder Ortschaft waren Triumphbögen errichtet und Ehrenjungfrauen aufmarschiert, die Feuerwehr hatte ihre Knöpfe auf Hochglanz poliert und Herr Seebohm hat der Bevölkerung alles Mögliche versprochen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir kommen doch aus dem Grenzland, kennen dessen Nöte und Sorgen, und wenn wir sie noch

(Sichler [SPD])

nicht genau genug kennen, dann wenden wir uns an die dortigen Bürgermeister und Landräte, die uns dann schon sagen, was getan werden muß. Ich möchte also warnen, daß eine Grenzlandfahrt nach dem Vorschlag des Herrn Kollegen Wolf durchgeführt wird.

Herr Kollege Bantele kommt allmählich in ein Fahrwasser, in dem wir ihn sehr gut brauchen können. Er hat gestern ausgeführt, er sei zwar gegen eine Planwirtschaft, aber für eine **Planung im Bayerischen Wald** und im Grenzgebiet. Ich glaube wirklich, Herr Kollege Bantele, es wird die Zeit kommen, wo wir uns noch zusammenfinden.

(Heiterkeit)

Herr Kollege Haufleiter hat mit sehr treffenden Worten die Sicherung der Grenzlandbevölkerung mit dem EVG-Vertrag verknüpft. Ich bitte Sie, das, was ich mir jetzt auszuführen erlaube, nicht als Demagogie zu betrachten. Man kann ein Vertragswerk, und ganz besonders den EVG-Vertrag, aus ehrlicher innerer Überzeugung bejahen, man kann es aber auch aus ehrlicher Überzeugung verneinen. Jenen, die aus ehrlicher Überzeugung den Generalvertrag und den EVG-Vertrag bejahen, möchte ich folgendes sagen. Ehe eine militärische Aufrüstung durchgeführt wird, sollte zuerst eine wirtschaftliche, soziale und moralische Aufrüstung durchgeführt werden!

(Starker Beifall bei der SPD und den Fraktionslosen)

Ich glaube, daß viele in diesen Elendsgebieten es nicht verstehen könnten, wenn sie einmal wieder in Uniform gesteckt werden sollten; denn sie wissen bis jetzt nicht, was sie da hinten überhaupt zu verteidigen hätten.

Nachdem der Herr Ministerpräsident nicht anwesend ist, wohl aber der Herr stellvertretende Ministerpräsident, möchte ich etwas wiederholen, was Herr Kollege Wolf gestern bereits vorgetragen hat, nämlich ein Zitat aus der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard, wobei ich den Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten bitten möchte, dem Herrn Ministerpräsidenten meine Ausführungen zu übermitteln. Der Herr Ministerpräsident Dr. Hans Ehard hat am 9. Januar 1952 ausgeführt:

Die Industrialisierungspolitik ist unter besonderer Berücksichtigung der notleidenden Gebiete und der bayerischen Grenzgebiete fortzusetzen. Es sind nicht allein soziale Gründe, die die Staatsregierung bewegen, eine fördernde Wirtschaftspolitik zu betreiben. Die Staatsregierung ist vielmehr der Auffassung, daß es auch eine staatspolitische Aufgabe hohen Ranges ist, keine Mühe für eine Verstärkung der wirtschaftlichen Hilfe im bayerischen Grenzland zu scheuen. Die Staatsregierung ist sich bewußt, daß sie in dieser Richtung nicht zuletzt auch den im Grenzland ansässigen Heimatvertriebenen helfen muß.

Herr stellvertretender Ministerpräsident und Herr Wirtschaftsminister Dr. Seidel, hier kann ich

namens der sozialdemokratischen Fraktion nur folgendes sagen. Wir stehen hinter den Worten der Regierungserklärung unseres verehrten Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard und der bayerischen Staatsregierung. An die Arbeit für das Grenzland! Bei uns Sozialdemokraten finden Sie die besten Mitarbeiter.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Hundhammer: Als nächster Redner ist gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Schedl. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Schedl (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist beachtlich, was gestern und heute alles auf die Ausführungen des Herrn Wirtschaftsministers zu hören gewesen ist. Auf der einen Seite steht ein nüchterner Bericht über Entwicklung und Stand unserer bayerischen Wirtschaft im deutschen und europäischen Wirtschaftsraum, ein **Rechenschaftsbericht** über Tätigkeit und Erfolg unserer bayerischen Wirtschaftsverwaltung, zugleich auch ein Bericht über die Leistung von Arbeitern und Unternehmern. Auf der andern Seite hören wir zum Teil eine **Kritik**, die — ich will mich einmal sehr vorsichtig ausdrücken — mehr als nur herb ist.

Erlauben Sie mir, daß ich aus dem sehr aktuellen Anlaß der Ausführungen des Herrn Kollegen Sichler zunächst auf einige Dinge der Diskussion eingehé! Soweit ich hiebei von Verhältnissen im Grenzlandgebiet etwas zu sagen habe, dürfen Sie von mir annehmen, daß ich zugleich auch im Namen der Stimmkreisabgeordneten meiner Fraktion spreche, die in diesem Grenzlandgebiet zu Hause sind, dort aufgewachsen sind und die Verhältnisse ein Leben lang aus eigener Anschauung kennen. Ich will nicht behaupten, daß das, was der Herr Kollege Sichler vorgetragen hat, etwa falsch gewesen wäre, aber es war stark einseitig. Herr Kollege Sichler, Sie haben leider versäumt, neben dem Negativen das Positive zu sagen und eine Reihe von Dingen in der Weise einzurichten, wie es notwendig gewesen wäre. Ich bin auch sehr oft in diesem Grenzlandgebiet und kenne die Verhältnisse dort auch sehr gut. Ich weiß, daß die Schulverhältnisse in Neunburg —

(Abg. Sichler: Ich habe gesagt, daß auf dem Gebiet des Straßenbaus schon manches geleistet worden ist.)

— Ich komme darauf noch zurück. Ich weiß, daß die Schulverhältnisse in Neunburg alles andere als etwa vorbildlich oder gut sind. Aber Neunburg hat entschieden: Wir bauen ein sehr großes Kreiskrankenhaus. Vielleicht hätte es ein kleineres auch getan. Ich weiß es nicht, ich kenne nur die Schwierigkeiten, die daraus entstanden sind. Hätte man einen Teil dieses Geldes für die Schule hergenommen, dann wäre diese Frage nach meiner Auffassung befriedigend gelöst.

(Zuruf: Das Geld gibt aber nicht der Wirtschaftsminister!)

— Entschuldigen Sie, Herr Kollege, und erlauben Sie mir, daß ich auch den Ausflug von den Folgen der Wirtschaftsnot für den Bereich der Kultur

(Dr. Schedl [CSU])

mache und die Dinge an einem wörtlich aufgeführten Beispiel logisch zu Ende denke. Das, glaube ich, dürfte mir vielleicht doch noch zustehen.

Meine Damen und Herren! Man muß immer die beiden Seiten sehen. Wir haben vom Herrn Kollegen Sichler geradezu erschütternde Zahlen gehört. Aber ich weiß nicht, ob die Zahlen für 1948 nicht etwa noch aus der Zeit stammen, in der etwa durch Schwarzhandel Tausende gut gelebt haben, die sehr bald nach der Währungsreform dann arbeitslos geworden sind. Im übrigen habe ich selber das zweifelhafte Vergnügen, in einem Kreis zu sein, der arbeitsamtsbezirksmäßig gesehen, so lange bis nun vorübergehende Arbeiten im Zusammenhang mit Hohenfels angefallen sind, mit Cham und Coburg in edlem Wettstreit lag, wer die höchste Arbeitslosigkeit hat. Wir werden die Verhältnisse, wenn nicht in diesem Jahr, so im nächsten Jahr sicher wieder bekommen, wenn nämlich die vorübergehenden Arbeiten erledigt sein werden. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, bitten, bei dieser Betrachtung auch zu berücksichtigen, daß die Arbeitslosenstatistik etwa des Arbeitsamtes Cham durch das Flüchtlingsdurchgangslager Furth im Wald sehr stark beeinflußt wird. Das Hohe Haus hat sich mit diesem überquellenden Lager mit einigen tausend Insassen schon wiederholt beschäftigt. Wir wissen, wie unter Umständen ein Zug neuer Vertriebener — ein Eisenbahnzug, nehmen Sie es wörtlich! —, wenn er gerade am Stichtag ankommt, die Statistik beeinflussen kann. Ich sage damit nicht, daß, wenn man diese Verhältnisse in Rechnung setzt, die Statistik dann so würde, daß Cham an der Spitze derer stünde, die das Wirtschaftswunder erlebt haben. Aber wenn Sie sagen: Wir haben vom Wirtschaftswunder nichts gesehen, dann müssen Sie zum mindesten die Dinge nach allen Seiten betrachten. Gehen wir in das benachbarte Vohenstrauß! Dort ist mit der Unterstützung des bayerischen Staates ein Betrieb entstanden. Eine Million wurde auf Beschuß des Hohen Hauses hineingesetzt. Bleiben wir in Cham! Auch dort ist ein Betrieb entstanden. Gehen Sie nach Deggendorf! Auch dort ist etwas geschehen — natürlich konnte es nicht reichen, gemessen an den ungünstigen Verhältnissen, die zurückzuführen sind auf die Politik der Besatzungsmächte, die im Jahre 1945 der damaligen Regierung — fragen Sie den Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Hoegner, fragen Sie den Herrn Ministerpräsidenten Dr. Ehard! — befohlen haben: Die Züge mit Vertriebenen kommen in den Bayerischen Wald, sind in Grenznähe unterzubringen. Jetzt haben wir die Sorge mit der innerbayerischen Umsiedlung, um die Verhältnisse zu bereinigen. Wenn Sie das berücksichtigen, Herr Kollege Sichler, dann können Sie nicht sagen, im Bayerischen Wald habe die Wirtschaftspolitik des bayerischen Wirtschaftsministers Schiffbruch erlitten. Im übrigen, Sie haben vom Grenzgebiet im Osten gesprochen. Erlauben Sie mir doch den Hinweis: Welche konkreten Versuche sind denn mit der Ihnen sicher nicht unbekannten Braunkohlengrube Schwanenkirchen gemacht worden? Was war das Ergebnis der Bemühungen? Wer

hat daran mit die Hauptschuld getragen? Nicht die bayerische Staatsregierung, nicht der Herr bayerische Wirtschaftsminister, sondern ein anderer Herr, den Sie vermutlich so gut kennen wie ich. Ich erinnere Sie daran, daß auch etwas anderes geschieht. Das Jochensteinkraftwerk wird gebaut. Der Gegenspeicher wird folgen. Das Jochensteinprojekt ist ein Millionenprojekt, das vielen Leuten Beschäftigung gibt. Es stellt eine Steuerkraft dar, die einen ganzen Kreis strukturell zu wandeln in der Lage ist durch zusätzliche Einkommen- und Gewerbesteuer.

(Abg. Bantele: Vorübergehend!)

— Herr Kollege Bantele, Sie dürfen nicht vergessen, daß die Gewerbesteuer anfällt a) aus dem investierten Betriebskapital — das sind zig Millionen — und b) aus den erwirtschafteten Überschüssen — und das sind bei Kraftwerken nicht unerhebliche Beträge. Ich sage Ihnen: Wenn ich ein Kraftwerk in meinem Bereich hätte, ich würde mich gar nicht beklagen. Allein durch einen solchen Betrieb würden die kommunalen Möglichkeiten geändert. Gehen Sie ein Stück weiter, etwa in die nördliche Oberpfalz! Was geschieht im Bereich der Pfreimd? Ein Pfreimd-Kraftwerk wird gebaut, nicht gegen den bayerischen Staat, sondern durchaus nach Absprache und auch mit der nötigen Unterstützung. Im übrigen, Herr Kollege Sichler — ich weiß es auch, daß der Staat nicht die Möglichkeiten hat, im Grenzbereich das an Mitteln zu investieren, was notwendig und wünschenswert wäre —, vielleicht findet sich ein anderer Geldgeber, der gern investiert und auf der Suche nach Anlagen ist. Vielleicht könnte man einmal aus dem Gewerkschaftsvermögen, das Anlage sucht, gefunden hat und weiter sucht,

(Heftiger Widerspruch von der SPD)

auch dort Wirtschaftspolitik über Kapitallenkung machen.

(Zuruf von der SPD: Wir könnten auch noch andere Quellen sagen!)

— Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie das nicht gerne hören, werden Sie mich doch nicht abhalten, das zu sagen. Ich habe es in einer höflichen und nicht aggressiven Form gesagt. Ich habe es vorsichtig und mit „vielleicht“ gesagt, weil ich nicht glaube, daß man dieses Geld dorthin gibt, um Wohnungen zu bauen, Betriebe hinzustellen und um die Struktur zu wandeln und die Menschen in Wohlstand zu bringen. Ich glaube erst dann daran, wenn man diese Hilfe gibt, wenn man es getan hat oder anfängt es zu tun. Deshalb habe ich gesagt: vielleicht. Ich war mir sehr genau bewußt, warum ich das sage und in welcher Form ich das sage. Herr Kollege Sichler, ich gehe mit Ihnen vollkommen einig, wenn Sie sagen: Es ist unbegreiflich, daß der Bayerische Wald der Rohholzlieferant für große Teile der westdeutschen Möbelfabrikation ist. Ich habe bei der Debatte anlässlich der großen Haushaltrede des Herrn Finanzministers gesagt, ich halte es für falsch und gefährlich für die zukünftige Entwicklung, wenn der Herr Finanzminister als wirtschaftspolitischen Grundsatz für die Zukunft aufstellt: Es kann mit der Entwicklung der Fertigungsindustrie nicht mehr weiter gehen,

(Dr. Schedl [CSU])

die Entwicklung sei zum mindesten im wesentlichen abgeschlossen. Ich habe mir — für das Grenzland sprechend, für Bayern sprechend, für die von Ihnen mit so drastischen Farben gemalten Notstandsgebiete sprechend — erlaubt zu sagen: Warum führen wir so viel Holz aus? Ich habe die Zahl der Arbeitsstunden, die anfallen, wenn Rundholz eingeschnitten wird, mit der Zahl der Arbeitsstunden verglichen, die anfallen, wenn Schnittholz in den verschiedenen **Werkstätten für Holzbearbeitung** veredelt wird. Bitte, Herr Kollege Sichler, unterstützen Sie mich, unterstützen Sie uns, indem Sie Ihren Herrn Finanzminister überzeugen, daß man derartige Grundsätze besser nicht aufstellt, sondern versucht, dort, wo sich noch Möglichkeiten bieten, mit Unterstützung des Staates eine Besserung herbeizuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein abschließendes Wort zur Frage Grenzland- und Notstandsgebiete. Ohne Zweifel muß noch vieles geschehen. Nach meiner Auffassung wäre die beste Hilfe eine **steuerliche Vergünstigung**. Geben Sie die steuerliche Vergünstigung! Dann werden nicht nur Betriebe nicht mehr abwandern, sondern angezogen werden. Die steuerliche Vergünstigung würde sich — vom Bund und vom Land her gesehen — durch Einsparung von Unterstützungen und alle diese Dinge würden sich sehr rasch und sehr gut bezahlt machen.

Zum Schluß möchte ich davor warnen, daß man aus dem Begriff Grenzland eventuell ein Schlagwort macht,

(Abg. Bantele: Richtig!)

genau so wie aus dem Begriff Notstand. Schade ist nur, daß ich nicht gewußt habe, daß die Debatte diesen Verlauf nimmt, sonst hätte ich Ihnen die amtlichen Unterlagen des bayerischen Statistischen Landesamts, die zu meinem ständigen Schreibtischbelag gehören, mitgebracht und Ihnen gesagt, wo im Innern Bayerns die Not etwa genau so groß ist wie im Grenzland. Wenn wir fortfahren zu schematisieren, machen wir den Fehler, den die frühere Berliner Zentralverwaltung — frisch auferstanden in Bonn — bei der Frage der Zuerkennung oder bei der Einteilung von Notstandsgebieten gemacht hat. Dann suchen wir nach einem Schlüssel — der Herr Wirtschaftsminister hat völlig recht, wenn er den Schlüssel da und dort kritisiert —, der niemals die Verhältnisse trifft. Wenn Sie fragen wollen, ob ein Gebiet Notstandsgebiet ist, dann fragen Sie nach der Realsteuerkraft pro Kopf der Bevölkerung. Dort haben Sie die echte Potenz, die echte Möglichkeit, die in einem ganzen Gebiet ruht. Alles andere sind Spielarten, sind Ausschnitte, die absolut nicht das Gesamtbild spiegeln, sondern die stets und immer einseitig sind. In dieser **Statistik über die Realsteuerkraft** auf den Kopf der Bevölkerung, Herr Kollege, rangieren unter den letzten 12 bayrischen Landkreisen auch 5 oberpfälzisch-niederbayerische Landkreise; es können auch 6 sein, aber mehr sind es nicht. Ich habe mir die Dinge erst wieder Ende vergangener Woche angesehen. In den anderen Landkreisen sieht es etwas anders aus.

Dort ist schon eine Potenz da. Meine Damen und Herren, wenn wir echte Hilfe geben wollen, dort, wo sie not tut, dann müssen wir dort, wo sie nicht ganz so not tut, zur Selbsthilfe aufrufen oder wir versozialisieren den Menschen in Bayern und machen aus ganz Bayern irgendeinen Verwaltungsapparat, der, was weiß ich, von wem, etwas geben soll.

(Oh, oh! bei der SPD — Beifall bei der CSU)

— Herr Kollege, was ich sage, glaube ich; sonst würde ich es nicht sagen. Dafür bin ich bekannt.

(Abg. Laumer: Dann irren Sie eben!)

— Entschuldigen Sie, ich habe nicht behauptet, daß ich unfehlbar bin. Diese Behauptung aufzustellen überlasse ich anderen, die sich in der Politik betätigen. Wenn Sie mir nachweisen, wo ich mich geirrt habe, werde ich von dieser Stelle aus sagen: Ich bedauere, ich habe mich geirrt, ich habe entweder einen Denkfehler gemacht oder falsche Unterlagen benutzt. Ich gestehe zu, daß auch Irren zu meinem Leben gehört; vielleicht ist es bei Ihnen besser, ich weiß es nicht. Ich für meinen Teil nehme Unfehlbarkeit nicht in Anspruch, vor allem nicht in Dingen der Politik.

Ich will Ihnen sagen, meine Damen und Herren, wir müssen dazu kommen, daß wir bei der Beurteilung der Notstandsgebiete als erste Grundlage die **Steuerkraft** auf den Kopf der Bevölkerung nehmen. Denn darin spiegelt sich alles genau und scharf wider. Wir können den Schlüssel verfeinern, wenn wir als Ergänzung noch die Straßenlast pro Kopf der Bevölkerung hinzunehmen. Wenn Sie etwas Drittes wissen, was mit der Steuerkraft nicht erfaßt ist, bin ich gerne bereit zu sagen: Nehmen wir auch diese Anhaltspunkte dazu, um zu einem möglichst gerechten und guten Urteil zu kommen; denn wir brauchen es als Grundlage für künftige Entscheidungen.

Ich darf nun auch zu einigen anderen Herren Diskussionsrednern ein paar Worte sagen. Ich war etwas überrascht, feststellen zu müssen, daß es dem Herrn Wirtschaftsminister offenbar nicht möglich ist, eine einmütige Billigung des Hauses zu bekommen. Wäre es parlamentarische Tradition, daß die Opposition gegen den Haushaltsplan stimmt, würde ich sagen, das ist nun einmal die Gewohnheit.

(Abg. Kiene: Das war früher nicht!)

— Ich spreche nicht von Ihnen. Aber zum Teil wird es ja mit der parlamentarischen Tradition begründet, warum man gegen einen Haushaltsplan stimmt oder sich der Stimme enthält. Ich war deswegen überrascht, weil die Auffassungen in einem Teil der Opposition des Hauses nicht einheitlich sind, und zwar im selben Bereich. Der Herr Kollege Bantele hat mit Recht den Ausbau der Wasserkräfte gefordert. Er hat Roßhaupten genannt. Herr Kollege, Roßhaupten wird nächstes Jahr in Betrieb genommen. Wenn wir überall schon so weit wären, wären wir glücklich. Er hat an der Spitze Sylvenstein genannt und den Rest der vielleicht noch vorhandenen zehn Möglichkeiten — vielleicht sind es zehn in Bayern — mit „usw.“ bezeichnet. Herr Kollege Bantele, ich glaube, Sie werden in puncto

(Dr. Schedl [CSU])

Sylvenstein mit Ihrem Fraktionskollegen Dr. Geislhöringer in eine ernste Auseinandersetzung kommen. Denn so, wie Sie sich für den Sylvenstein eingesetzt haben, setzt er sich gegen den Sylvenstein ein.

(Zuruf des Abg. Bantle)

— Entschuldigen Sie, das ist kein Vorwurf gegen Sie, das ist von mir eine sachliche Feststellung, an die ich allerdings die bescheidene Frage knüpfen möchte: Wie soll sich nun der Herr Wirtschaftsminister oder das ganze Kabinett entscheiden, um nicht den Unwillen der Opposition hervorzurufen? Mir scheint eine Lösung, die die goldene Mitte trifft, zumindest zur Stunde nicht möglich zu sein.

(Abg. Dr. Korff: Sie nehmen dem Seidel alle Pointen weg!)

— Entschuldigen Sie, hätten Sie mir das früher gesagt, hätte ich es nicht getan. Ich werde mich also nun in dieser Richtung bemühen, obwohl ich der Auffassung bin, daß der Herr Wirtschaftsminister noch sehr viele und sehr feine Pointen hat, die er vielleicht gar nicht so offen sagen will, wie ich es tue. Sie sehen aber, wie schwierig es die Regierung hat, ihre Entscheidungen auf möglichst breiter Basis zu fällen.

Ich darf nun ein Wort zum Herrn Kollegen **Haußleiter** sagen, der wie immer auf der ganzen Tonleiter virtuos gespielt hat, vom Kriegsgeschrei und den Kriegsfanfaren bis zum Süßholzraspeln, leider sachlich etwas abwegig. Denn — erlauben Sie mir die Zwischenbemerkung — EVG heißt nicht: Irgend jemand von uns will Krieg. Das müßte uns langsam auch der Herr Kollege Haußleiter glauben und zubilligen, daß niemand von uns, weder in München noch in Bonn, so töricht ist, einen Krieg zu wollen. Aber

(Zuruf von der SPD: Rüstungsaufträge!)

man macht eben so kleine Drehungen für eine schöne und geschliffene Rhetorik und wenn es noch so sehr zu Lasten der Sache selber geht. Bezuglich des Süßholzraspels gegenüber dem Herrn Wirtschaftsminister muß ich dem Herrn Kollegen Haußleiter sagen, daß der Herr Wirtschaftsminister mit seiner wirtschaftspolitischen Auffassung in der Fraktion der CSU durchaus nicht allein steht, sondern im Gegenteil weiß, daß die gesamte Fraktion seit Jahr und Tag seine Auffassung billigt.

(Sehr gut! bei der CSU)

Sollten dabei einmal in einem konkreten Fall die Meinungen auseinandergehen, dann, meine Damen und Herren, erlauben Sie uns, daß wir uns das Recht zu selbständigem Denken und zu selbständiger Entscheidung vorbehalten. Aber hinsichtlich der Linie seiner Wirtschaftspolitik weiß der Herr Wirtschaftsminister, daß seine Fraktion hinter ihm steht. Er ist also nicht der weiße Rabe, der auf die Liebesbeteuerungen des Herrn Kollegen Haußleiter angewiesen wäre.

(Sehr gut! bei der CSU)

Ich möchte dem Herrn Kollegen Haußleiter noch etwas sagen. Er hat so schön vom Segelfliegen

als vom Betätigungsfeld der Jugend gesprochen. Mit einer solchen Begeisterung, Herr Kollege Haußleiter, haben Sie das getan, daß ich beinahe versucht war zu denken: Er sagt, die Segelfliegerei ist ein Betätigungsfeld der Jugend, und denkt an ein Betätigungsfeld für seine Ideen.

(Abg. Haußleiter: Das sind Kombinationen, die kindlich sind!)

— Herr Kollege Haußleiter, ganz so kindlich sind sie nicht, wenn man etwas näher auf die Zusammenhänge einginge, was ich mir aber bei der Wirtschaftsdebatte ersparen möchte.

(Weiterer Zuruf des Abg. Haußleiter)

— Das war ein billiger Versuch, eine Andeutung, die ich gemacht habe, abzufertigen, mit dem Sie mich nicht schrecken. Ich werde darüber, Herr Kollege Haußleiter, zur gegebenen Zeit wieder sprechen.

(Abg. Haußleiter: Dafür habt Ihr die Beichte!)

— Herr Kollege Haußleiter, wenn Sie glauben, Sie treffen mich damit, dann erwidere ich Ihnen in aller Ruhe: Wenn Sie es nicht unterlassen wollen, weite Teile versuchswise vor den Kopf zu stoßen, dann tun Sie es doch! Sie richten sich selber, wenn Sie meine Weltanschauung in dieser Form angreifen

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Haußleiter, ich möchte Sie bitten, religiöse Dinge und Überzeugungen bei diesen Verhandlungen außer Betracht zu lassen.

(Abg. Haußleiter: Ich habe mich nur gegen den Mißbrauch der Religion gewandt!)

— Herr Kollege Haußleiter, Sie können die Beichte gar nicht beurteilen, weil Sie sie nicht kennen.

(Abg. Haußleiter: Das ist eine unerhörte Behauptung!)

Im übrigen lassen Sie mir meine Religion, wie ich auch Ihnen die Ihrige lasse! Ich verlange von Ihnen nicht, daß Sie religiös sind. Ich lasse mir aber auch meine Haltung und meine Einstellung nicht verbieten. Das nehmen Sie bitte zur Kenntnis!

(Beifall bei der CSU)

Sie können selig werden, wie Sie wollen; aber lassen Sie mich selig werden, wie ich will! Ich möchte nicht mehr die Zeit erleben, wo es hieß: Jeder wird nach „meiner“ Fasson selig. In den Tiefen und Konsequenzen wie in den Voraussetzungen war Ihr Zwischenruf also völlig unangebracht.

Nun noch ein **Wort zur SPD**. Als der Herr Kollege Haußleiter die Kriegsfanfare geblasen hat oder auf der Kriegsfanfare Musik gemacht hat, —

(Abg. Haußleiter: Die macht Adenauer, nicht ich!)

— Herr Kollege Haußleiter, lesen Sie doch Ihre Rede nach und vergleichen Sie damit die Adenauerschen Reden, soweit man sie überhaupt vergleichen kann,

(Heiterkeit)

(Dr. Schedl [CSU])

so werden Sie sehen, wer die Kriegsfanfare geblasen hat. Als Sie also diese Musik gemacht haben, hat Ihnen die SPD stürmischen Beifall geschenkt. Das steht sicher im Protokoll.

(Abg. Kiene: Wieso stürmisch?)

— Na, er war doch äußerst spontan und stürmisch. Sonst sind Sie, Herr Kollege Kiene, mit Haußleiter nicht so eng liiert oder Ihre Stellungnahme hat sich geändert.

(Abg. Kiene: Das ist eine subjektive Behauptung!)

— Schön, Sie haben Beifall gespendet. Ich enthalte mich einer subjektiven Feststellung. Ich nehme jede Belehrung, wenn sie berechtigt ist, zur Kenntnis. Sie haben Beifall gespendet. Meine Herren, spenden Sie auch Beifall, wenn Ihr regierender Bürgermeister aus Hamburg etwa erklärt: — —

(Zuruf von der SPD)

— Ich habe den Zwischenruf nicht verstanden, deshalb kann ich nicht darauf eingehen.

(Zuruf: Das hat doch mit der Wirtschaftspolitik nichts zu tun!)

— Doch, ich setze mich mit Haußleiter auseinander, der erklärt hat, die EVG-Verträge seien die Ursache für die Grenzlandnot. Das ist der Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik.

(Zuruf: Das hat er gar nicht gesagt!)

— Dann lesen Sie bitte nach oder hören Sie besser zu! Dann wüßten Sie heute noch, was gestern gesagt wurde. Der Herr Brauer sagt: Wir — die SPD, sagt er — sind genau so für Europa wie Adenauer und wir wissen genau wie Adenauer, daß im Rahmen einer europäischen Gemeinschaft Deutschland einen Verteidigungsbeitrag zu leisten hat. Und er fügt hinzu: Uns gefällt nur die Form dieser Verträge nicht. Das wollte ich hierzu nur festgestellt haben.

(Abg. Kiene: Das sollten Sie schon lange gemerkt haben!)

— Das habe ich schon lange gemerkt, aber festgestellt wollte ich es einmal haben, damit die Grenzen nicht allzu sehr verwischt werden. Denn mit dem Verwischen der Grenzen entstehen plötzlich falsche Auffassungen darüber, was die einzelnen Gruppierungen wollen.

(Abg. Laumer: Wer ist in der Ostzone eingesperrt und wer regiert in der Ostzone mit?)

— Wir zwei, Herr Kollege, sind dort weder eingesperrt noch regieren wir dort mit, das dürfte einwandfrei feststehen.

(Zuruf)

— Ich will Ihnen auf diese Frage die Antwort nicht geben. Sie wären nämlich sehr böse.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich möchte bitten, auch auf diesem Gebiet die Grenzen nicht zu sehr

zu verwischen, sondern sich mehr auf den Gegenstand der Tagesordnung zu beschränken. Das gilt auch für die Zwischenrufer.

(Abg. Kiene: Das ist auch eine Grenzlandnot!)

Dr. Schedl (CSU): Ich will dem Herrn Kollegen die Antwort auf seine Frage nicht geben, weil sie für ihn und seine Kollegen äußerst bitter wäre.

(Abg. Kiene: Warten Sie, bis unser Redner spricht!)

— Ich sage es Ihnen hernach privatim jederzeit.

Und noch ein Wort zu ein paar Problemen — haben Sie keine Angst, ich werde Sie nicht mehr lange aufhalten —, über die sich der Herr Wirtschaftsminister zum Teil nicht geäußert, die er zum Teil nur vorsichtig angeschnitten hat. Der Herr Wirtschaftsminister hat auch von dem sachlich guten Erfolg berichtet, der einerseits in einer Einsparung besteht und der sich andererseits als intensivere Bearbeitungsmöglichkeiten für die Verkehrspolitik ergeben hat, von dem **Erfolg der Zusammenlegung des Verkehrs- mit dem Wirtschaftsministerium**. Der Herr Wirtschaftsminister hat angedeutet, daß noch manches zu bereinigen wäre und mit Aussicht auf guten Erfolg bereinigt werden könnte.

Ich glaube, wenn wir den Wirtschaftsetat beraten, sollen wir uns immer wieder die Frage vorlegen, ob es richtig ist, daß die **wirtschaftlichen Beteiligungen** des bayerischen Staates vom Finanzministerium verwaltet werden. Dort herrschen in erster Linie und müssen in erster Linie herrschen fiskalische Gesichtspunkte; dort muß im wesentlichen fiskalisch gedacht werden. Wir haben aber gewisse Erfahrungen, die uns bestätigen, daß in der Wirtschaft ökonomisch gedacht werden muß und nicht in erster Linie fiskalisch, auch dann, wenn der Staat, in den meisten Fällen völlig überflüssigerweise, selber Wirtschaft treibt. Ich nenne Ihnen nur das mittlerweile berühmt gewordene Beispiel Marienstein. Was hier geschieht, wird noch einmal Gegenstand von Debatten sein. Man wird auch hierüber endgültige Entscheidungen fällen müssen. Aber lassen Sie uns nicht vergessen, immer wieder die Notwendigkeit festzuhalten, die **wirtschaftlichen Beteiligungen des Staates nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten**. Sie müssen also ins Wirtschaftsministerium gegeben werden, soll nicht der Staat daran Schaden nehmen und auch letzten Endes die Wirtschaft selbst darunter leiden. Wir mögen nämlich im einzelnen zur Frage der Wirtschaft stehen, wie immer wir wollen, eines können wir aber nicht aus der Welt diskutieren, daß der Lebensstandard unseres Volkes immer ein Spiegelbild der gesamten Wirtschaft — nicht nur der gewerblichen Wirtschaft, sondern auch der Landwirtschaft — ist. Ebenso wie auf dem Gebiete der Landwirtschaft — ich denke hier an die Forstwirtschaft — einmal diese Änderung vollzogen worden ist, wäre es nach unserer Auffassung an der Zeit, auch hier den Schnitt bald zu machen, und wenn es nicht zuletzt deshalb wäre, um die Verteilung der Gewichte innerhalb der gesamten Staatsverwaltung ein klein wenig besser in die Reihe zu bringen, als es heute in den westlichen

(Dr. Schedl [CSU])

Demokratien der Fall ist. Ich habe mich verpflichtet gehalten, Sie darauf besonders hinzuweisen. Im übrigen ist es wohl selbstverständlich, wenn ich Ihnen sage, daß meine Fraktion dem Haushaltsplan mit den Abänderungsvorschlägen des Staatshaushaltsausschusses ihre Zustimmung geben wird.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt als Redner der Herr Abgeordnete Klotz.

Klotz (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte hier nur zu einem Problem Stellung nehmen, dessen wirtschaftliche Bedeutung für das Land Bayern außer Zweifel steht, das jedoch nicht überall — auch in diesem Hohen Hause nicht — immer und einheitlich in dieser seiner Bedeutung anerkannt und gewertet wird. Es handelt sich um den **Fremdenverkehr**. Hier gibt es einige Tatsachen, die es wert sind, einmal näher beleuchtet zu werden, vor allen Dingen die Notwendigkeit der Unterstützung des Fremdenverkehrs durch den Staat und die in meinen Augen sehr fragwürdige, zum mindesten aber zu weitgehende Liberalisierung des Auslandsfremdenverkehrs. Es ist eine Tatsache, daß unser Fremdenverkehr trotz aller Anstrengungen und Steigerungen immer noch nicht den Vorkriegsstand erreicht hat — wir haben das aus den Ausführungen des Herrn Wirtschaftsministers gehört —, sondern daß die Ausnutzung der gewerblichen Fremdenbetten immer noch etwa 20 Prozent **unter dem Vorkriegsstand** liegt. Das dürfte uns veranlassen, in unseren Anstrengungen fortzufahren, dem Fremdenverkehr wieder seine frühere Bedeutung zu verschaffen. Jeder, der Einblick in die Verhältnisse hat, wird bestätigen können, daß sich die deutschen Fremdenverkehrsverbände, insbesondere der **Bayerische Fremdenverkehrsverband**, in dieser Richtung die größte Mühe geben, daß aber hier durch die beschränkten Mittel auch Grenzen gesetzt sind. Die Bestrebungen des Fremdenverkehrsverbandes, des Hotel- und Gaststättenverbandes und ähnlicher verwandter Verbände sind höchst anerkennenswert und man darf wirklich sagen, daß das Fremdenverkehrsgerbe von sich aus die größten Mühen und Anstrengungen macht, dem Erholungssuchenden den Aufenthalt bei uns im Lande möglichst angenehm und anziehend zu machen. Ich stimme auch vollkommen mit der Ansicht des bayerischen Wirtschaftsministers überein, daß es die Aufgabe des Fremdenverkehrsverbandes ist, dem deutschen Reisepublikum durch geschickte Werbung und vernünftige Preise ins Bewußtsein zu führen, daß die Ferien im eigenen Lande genau so schön und befriedigend sind wie in der Fremde. Der Bundesverkehrsminister hat hier in München anlässlich der Fremdenverkehrstagung mitgeteilt, daß allein durch den Ausländerreiseverkehr im Jahre 1952 470 Millionen DM Deviseneinnahmen in die Bundesrepublik geflossen sind.

(Abg. Bezold: Also die sollen nicht im eigenen Lande bleiben, Herr Kollege!)

— Doch, selbstverständlich, ich komme auf diese Probleme schon noch näher zu sprechen, aber ich bin der Auffassung, daß hier Bayern den Löwenanteil dieser Einnahmen für sich buchen kann durch Auslandsreisende, die ihren Urlaub oder ihre Reisen nach Bayern gelenkt haben. Dabei ist der **Anteil des Ausländerreiseverkehrs**, wie wir hier gehört haben, am Gesamtverkehr etwa 6 Prozent, und so kann man sich leicht ausrechnen, daß der bayerische Staat und der deutsche Staat durch den Reise- und Fremdenverkehr Hunderte von Millionen einnimmt. Es wird Sie interessieren, daß die Einnahmen des bayerischen Staates aus dem Fremdenverkehr schon einmal etwa 25 Prozent der Gesamteinnahmen des Staates gewesen sind. Das dürfte meines Erachtens die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs genügend beweisen. Dann dürfte es aber eine Selbstverständlichkeit sein, daß auch der Staat zur Förderung des Fremdenverkehrs sein Scherlein beiträgt. Gemessen an den Einnahmen, die der Staat aus dem Fremdenverkehr hat, war es bisher wirklich nur ein kleines Scherlein, das auch das Hohe Haus dem Fremdenverkehr für die Werbung und zur Förderung des Fremdenverkehrs zur Verfügung gestellt hat. Wenn man den jetzigen Haushalt ansatz betrachtet, sieht man, daß die Mittel, die im vorigen Jahre noch gegeben worden sind, ganz einschneidend beschnitten wurden. Die bekannten Kurorte und Badeorte tun sich dabei noch immer leichter; denn sie haben bessere Möglichkeiten, für ihre Orte zu werben. Die mehr abseits liegenden ländlichen Fremdenverkehrsorte aber, die zu mäßigen, meist allzu mäßigen Preisen dem weniger zahlungskräftigen Publikum, insbesondere aus der Arbeiterbevölkerung, in nicht minder landschaftlich reizvollen Gegenden schöne Erholungsmöglichkeiten und Ruhe bieten können, tun sich schwer, wenn man ihnen bei ihrer Werbung nicht etwas unter die Arme greift, weil diese Orte keine wesentlichen Einnahmen aus dem Fremdenverkehr haben.

Gestatten Sir mir einen Vergleich: Die beste Kuh wird in ihrer Milchleistung nachlassen und eventuell eingehen, wenn sie nicht genügend gefüttert und gepflegt wird. Mit schönen, nur von Verständnis triefenden Worten allein wird man keine Kuh zu höheren Leistungen bringen. Genau so ist es beim Fremdenverkehr. Mit schönen Worten allein kann der Fremdenverkehr nicht gefördert werden; der Fremdenverkehr ist aber nun einmal für das Land Bayern eine sehr gute Milchkuh.

(Abg. Dr. Schier: Oho! — Zuruf von der SPD:
Auch die Preußen!)

— Ja, auch die Preußen! Darauf komme ich noch zu sprechen.

(Abg. Kiene: Ich glaub's nicht!)

Wenn ich als Sprecher der Bayernpartei hier diese Bemerkung mache, so wissen Sie, daß wir uns schon seit jeher sehr aktiv für den Fremdenverkehr eingesetzt haben. Wenn Sie vielleicht der Auffassung sind, daß die Fremden heute erstaunlicherweise trotz der Bayernpartei nach Bayern kommen, dann möchte ich Ihnen sagen, Herr Kollege Kiene:

(Klotz [BP])

Ich glaube nicht, daß Ihre Partei ein besonderer Anreiz für die Fremden ist.

(Oho! bei der SPD — Abg. Haas: A so a scheene Partei und a so a beeser Redner!)

— Herr Kollege! Sie werden mir doch zugestehen müssen, daß Ihre Partei kein besonderer Anreiz für Urlaubsreisende nach Bayern ist.

(Zurufe von der SPD: Vielleicht die Bayernpartei!)

— Das habe ich ja nicht behauptet.

(Abg. Piehler: Die Fremden nehmen Gott sei Dank die Bayernpartei nicht ernst!)

— Ich weiß nicht, ob sie Sie ernst nehmen, Herr Kollege Piehler..

Nach einer Mitteilung des Bundesverkehrsministers plant der Bund die Heraufsetzung der Mittel für die Fremdenverkehrswerbung von 3,75 auf 4 Millionen DM. Das ist etwa 1 Prozent der Deviseeinnahmen, die wir aus dem Ausländerverkehr haben. In Bayern aber will man zur gleichen Zeit die Zuwendungen für die Fremdenverkehrswerbung und -förderung beschneiden.

Es wäre auch einmal notwendig — und ich bitte den Herrn Wirtschaftsminister auch darauf hinzuwirken —, daß die **Verbände**, die durch ihre Tätigkeit für den Fremdenverkehr werben, entsprechend gefördert werden. Ich denke dabei nicht an die Bayernpartei, wie hier gesagt wurde, sondern ich denke an den **Deutschen Skiverband**, weil der Skilauf für den Fremdenverkehr der größte Wirtschaftsfaktor im Winter ist. Die großen Wintersportveranstaltungen in Bayern sind im Hinblick auf eine internationale Fremdenverkehrswerbung von allergrößter Bedeutung. Der Skiverband ist ja nicht nur daran interessiert, große internationale Veranstaltungen in den bedeutendsten Wintersportplätzen wie Garmisch-Partenkirchen und Oberstdorf durchzuführen, sondern er will auch die Oberpfalz, den Bayerischen Wald, Franken, das Fichtelgebirge für den Fremdenverkehr durch den Wintersport erschließen und auf diese Weise fördern. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß durch große wintersportliche Veranstaltungen in diesen Gebieten Wintersportgebiete bekannt werden, die im Winter sonst nie einen Fremdenverkehr aufzuweisen haben. Deshalb wäre es durchaus zu begrüßen, wenn dieser Verband finanziell unterstützt würde, da er selbst keine ausreichenden Mittel hat, um **Werbefilme** herstellen zu lassen. Solche Filme kommen jährlich vor Hunderttausenden von Interessenten zur Vorführung. Selbst Amerika hat Kopien angefordert. Bei uns waren bisher nur Filme ausländischer Herkunft vorhanden, die eine ausgezeichnete Werbung für das Ausland, insbesondere für die Schweiz und Österreich usw., dargestellt haben. Man könnte alle Jahre einen Skifilm drehen, der eine andere bayerische Gegend zeigt, um allen Interessenten einen neuen Hinweis für den Winterurlaub zu geben. Immer hat es — auch beim Landesfremdenverkehrsverband — am Verständnis und an den Mitteln gefehlt. Ich bitte den Herrn Staatsmini-

ster für Wirtschaft, seinen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß auch diesen Verbänden, die für die Fremdenverkehrswerbung zweifellos viel tun, entsprechend unter die Arme gegriffen wird. Ich habe bereits einen dahin zielen Antrag dem Hohen Hause vorgelegt, den ich bei seiner Beratung wärmstens empfehlen darf.

Ein Wort zur **Liberalisierung des Fremdenverkehrs**. Wenn der Herr Bundesverkehrsminister mit Stolz auf die Fortschritte in der Liberalisierung des Fremdenverkehrs hinweist, so macht er dadurch gerade den deutschen Reisenden auf das Ausland aufmerksam, was doch einer indirekten Propaganda für das Ausland gleichkommt. Ich bin der Auffassung, daß eine allzu starke — ich betone: allzu starke — Liberalisierung des Fremdenverkehrs für uns mehr ein Nachteil als ein Vorteil ist.

(Abg. Bezold: Es kommt darauf an, ob von Bayern her mehr Geld fließt oder vom Ausland her. Das ist die Frage; aber das kann man berechnen.)

— Dazu werde ich Ihnen gleich einiges sagen. So habe ich, und ich glaube, mit mir auch der Bayerische Fremdenverkehrsverband, die Auffassung des Herrn Ministers Seeböhm mit großer Skepsis aufgenommen, daß die **Erleichterung von Auslandsreisen für Deutsche** durch die Zuteilung größerer Devisenbeträge dem deutschen Fremdenverkehr keinen Schaden gebracht habe, denn diesem Reiseverkehr sei auch ein erhöhter Besuch aus dem Ausland gefolgt. Wenn man aber, meine Damen und Herren, erfährt, daß im März 1953 800 000 und im April 1 000 000 Reisende die deutsch-österreichische Grenze in beiden Richtungen überschritten haben, dann darf man wohl annehmen, daß der Anteil der Ausländer daran — wir hören, daß er nur 6 Prozent am gesamten Reiseverkehr ist — sehr gering ist. Ich bin der Meinung, daß die Zunahme des Ausländerverkehrs nach Deutschland in gar keinem Verhältnis zur Zunahme des Reiseverkehrs von Deutschland nach dem Ausland steht. Die Vertreter der europäischen Fremdenverkehrs länder haben selbstverständlich mit großem Interesse an dieser Tagung in München teilgenommen, weil sie an deutschen Reisenden interessiert sind, nicht etwa, weil sie in ihren Ländern Propaganda für einen Auslandsverkehr nach Bayern machen wollten. In Österreich, in Italien oder in der Schweiz werden Sie, meine Damen und Herren, sehr wenig Plakate oder Prospekte finden, die für deutsche oder bayerische Fremdenverkehrsorte werben. Dort macht man nicht dem Fremdenverkehr im eigenen Lande selbst Konkurrenz. Es würde mich wirklich interessieren, wieviele Schweizer, Österreicher und Italiener ihren Urlaub in einem deutschen Fremdenverkehrsland verbringen und in welchem Verhältnis ihre Zahl zu der Menge derjenigen Deutschen steht, die ihren Urlaub in der Schweiz, in Österreich und in Italien verbringen. Anders verhält es sich — Herr Kollege Bezold, da gebe ich Ihnen recht — mit den Amerikanern, den Engländern, den Holländern, den Schweden usw. Aber ich glaube, daß sehr wenige Deutsche ihren Urlaub in deren Ländern

(Klotz [BP])

verbringen werden. In Norddeutschland, selbst im isolierten Berlin, wird viel Reklame gemacht für Erholungsreisen nach Bayern und auch in den Schwarzwald. Man findet dort kaum ein ausländisches Werbeplakat. Und kaum sind die Urlaubsreisenden in Bayern, springt ihnen von den Plakatsäulen, aus den Auslagen der Reisebüros, aus den Zeitungen, im Bayerischen Werbefunk die Devise entgegen: Besucht das schöne Dalmatien, fahrt nach Triest, fahrt nach Venedig,

(Zuruf: Nach Rom!)

— fahrt nach Rom, wenn Sie wollen.

(Heiterkeit — Abg. Bezold: Ja, wenn einer Rom sehen will? — Zuruf des Abg. Zillibiller)

— Herr Kollege Zillibiller, ich glaube, das, was Sie Ihren Fraktionsfreunden zubilligen, werden Sie auch meinen Fraktionsfreunden zubilligen.

(Abg. Bezold: Das billigt man auch den übrigen Menschen zu! — Zuruf von der SPD — Abg. Bezold: Wenn einer Rom sehen will, kann er nicht nach Miesbach fahren! — Heiterkeit — Glocke des Präsidenten)

— Da haben Sie selbstverständlich recht, nicht wahr, wenn einer Rom sehen will! — Dann machen die Reisebüros Propaganda: „Acht Tage nach Capri für 85 Mark“ usw.

(Zuruf aus der Mitte: Das ist doch billig! — Zuruf des Abg. Stock und weitere Zurufe)

— Das ist wohl billig. — Dabei möchte ich noch in Zweifel stellen, ob ein solches Reiseprogramm, wonach man jeden Tag im Omnibus unterwegs ist und jede Nacht woanders übernachtet, den Erholungszweck einer Urlaubsreise überhaupt erfüllt.

(Zuruf von der SPD: Persönliche Freiheit!)

Hier wäre es Aufgabe — —

(Abg. Kiene: Nach Ihrer Rede sollte man den Reisenden sagen, sie sollten daheim bleiben!)

— Lassen Sie mich doch weiterfahren, Sie können es immer nicht erwarten, Herr Kollege Kiene, nicht so ungestüm! — Es wäre die Aufgabe des Wirtschaftsministeriums, einen Ausgleich zu schaffen und die Preisgestaltung der Reisebüros im Auge zu behalten. Die Fremdenverkehrsorte sind diesen Reisebüros ausgeliefert, die fast nur Auslandsreisen zu Spottpreisen durchführen und dabei eine vernünftige und wirtschaftliche Preisgestaltung im Inland stören und auch verhindern. Diese Reisegesellschaften machen unerhörte Profite zum Schaden der Gemeinden, der Fremdenverkehrsorte und des ganzen Fremdenverkehrslandes Bayern. Unsere Gemeinden sind zum Beispiel nicht in der Lage, den Werbefunk zu benützen, wie es sich diese Reisegesellschaften durchaus leisten können.

Wenn der Herr Wirtschaftsminister davon sprach, daß in diesem Jahr der Vorkriegsstand an Übernachtungen erreicht werden wird, so bedeutet das noch lange nicht, daß damit auch der gleiche wirtschaftliche Umsatz erzielt werden kann. Das liegt an der ganzen Preisgestaltung. Im übrigen bin ich

der Ansicht, daß den Reisegesellschaften, diesen Reisebüros, die die Hauptverdiener am Reiseverkehr in das Ausland sind, und den finanziell bessergestellten Kreisen, die heute lieber ins Ausland fahren und dort, ohne mit der Wimper zu zucken, den drei- oder vierfachen Pensionspreis dessen bezahlen, was sie in einem erstklassigen deutschen Hotel bezahlen müssen, und allein für Garagenmiete 6 und 8 Mark auf den Tisch legen, eine **angemessene Auslandsreisegebühr** auferlegt werden könnte, die dann zur Förderung des inländischen Fremdenverkehrs verwendet werden müßte. Ich bitte den Herrn Wirtschaftsminister, diesen Gedanken einmal einer näheren Prüfung zu würdigen.

(Abg. Bezold: Das machen halt dann die anderen Länder auch! — Weiterer Zuruf)

Ein absoluter Unsinn ist es aber — und das möchte ich dem Herrn Kultusminister sagen —, daß heute fast jede höhere Schule und auch schon Volksschulklassen in den Ferien gemeinsame Fahrten in die Schweiz, an das Mittelmeer usw. machen müssen.

(Zuruf von der FDP: Da hat er recht!)

Es läge am Kultusministerium, darauf hinzuwirken, daß diesen jungen Menschen erst einmal ihre engere und weitere Heimat gezeigt wird, wie schon Goethe gesagt hat: „Nur wer die Heimat kennt, weiß erst die Fremde zu schätzen!“

(Richtig! bei BHE und FDP)

Merkwürdig berührt hat mich zum Beispiel auch, daß eine Reisegesellschaft des Bundesfinanzministeriums bei einer Auslandsfahrt ausgerechnet in Seefeld, zehn Kilometer vor der deutschen Grenze, einen Frühschoppen gemacht hat und dazu eine deutsche Musikkapelle aus Mittenwald nach Seefeld transportieren ließ.

(Abg. Dr. Keller: An der Quelle saß der Knabe!)

Merkwürdige Zustände sind das! Meine Damen und Herren, es denkt nämlich wirklich niemand daran, den Auslandsreiseverkehr ganz unterbinden zu wollen. Wir denken auch gar nicht mehr an die Behandlung der Deutschen zum Beispiel in Österreich. Wir wollen das alles vergessen. Aber wir müssen ja schon bald froh sein, wenn wir unseren Urlaub bei uns in Bayern verbringen dürfen.

Ein Vertreter des Österreichischen Fremdenverkehrsverbandes hat anlässlich der Gaststätten- und Gastronomen-Ausstellung vor zwei Jahren in München im Ausstellungsgelände oben ausgerufen: „Deutsche, vergessen wir, was war, kommt wieder zu uns! Wir sind stolz auf unser schönes Land und zeigen es euch gerne, unsere Herzen sind weit offen, um euch zu empfangen!“

(Abg. Bezold: Die Geldschränke auch! — Zuruf von der SPD: D-Mark!)

Ich habe dabei mehr an die offenen Geldschränke gedacht als an die offenen Herzen. Außerdem glaube ich, daß wir bei uns landschaftlich nicht minder reizvolle Gebiete haben, auf die wir nicht weniger stolz sind. Und was den offenen Geldbeutel betrifft, so handelt es sich ja letzten Endes

(Klotz [BP])

um unser gutes deutsches Geld, das auch unser Fremdenverkehrsgewerbe bitter notwendig braucht.

Sie wissen ja, welchen Belastungen unser Fremdenverkehrsgewerbe durch die **Belegung von Fremdenzimmern** mit Evakuierten und Heimatvertriebenen, durch **Beschlagnahmungen** seitens der Besatzungsmacht usw. ausgesetzt war. Die auftretenen Schäden sind enorm und der Nachholbedarf ist sehr groß. Unser einheimisches Fremdenverkehrsgewerbe wird nur dann mit dem Ausland konkurrieren können, wenn neben einer vernünftigen Preisgestaltung durch Modernisierung das Niveau des internationalen Fremdenverkehrs erreicht wird. Ich bin dem Herrn Wirtschaftsminister dankbar für seine Bestrebungen, Kreditmöglichkeiten für unser Fremdenverkehrsgewerbe zu schaffen. Dadurch hätte das Wirtschaftsministerium die Möglichkeit, entscheidend an der Hebung des Fremdenverkehrs mitzuwirken.

So möchte ich zum Abschluß noch einige Punkte nennen, die mir geeignet erscheinen, um eine allgemeine Hebung und Förderung des bayerischen Fremdenverkehrs zu erreichen. Das ist erstens die **Verbesserung der Verkehrsmittel** auf Schiene und Straße, die wir ja schon überall bemerken können. Zweitens wäre eine **Auflockerung der Schulferien** sehr wichtig, um einer Überfüllung der Fremdenverkehrsorte in den Wochen der Hochsaison zu begreifen. Das ließe sich sehr wohl durchführen, wenn die Vor- und die Nachsaison etwas mehr berücksichtigt würde und die Ferien vielleicht auf die Zeit von Mitte Juni bis Mitte September verteilt würden. Dann wäre es unseren Fremdenverkehrsorten auch möglich, in der Hochsaison den saisonbedingten Ansturm der Fremden aufnehmen zu können. Weiter wären geeignete **Maßnahmen zur Lärmbekämpfung** notwendig. In einem Fremdenverkehrsort ist heute von Erholung oft nicht mehr die Rede, wenn die ganze Nacht Omnibusse ange lassen werden, Motoren laufen usw. Es müßten also geeignete staatliche Maßnahmen für die Lärmbekämpfung getroffen werden.

(Zuruf: Es sind aber leider auch die Einheimischen!)

— Es macht ja nichts, wer es ist; jedenfalls soll man Maßnahmen ergreifen, um das abzustellen. — Ein weiterer Punkt wäre, da das **Camping** heute zweifellos nicht mehr aufzuhalten ist, daß von Seiten des Staates eine — ich möchte nicht sagen: Kontrolle — gewisse **Lenkung** auf diesem Gebiet durchgeführt würde beziehungsweise entsprechende Richtlinien herausgegeben würden, um damit das Camping in geeigneter Weise zu fördern.

(Staatsminister Dr. Hoegner: Das ist schon geschehen!)

— Ja, wir haben uns darüber schon in einer Befprechung unterhalten.

Fünftens ist noch die **Freimachung** bisher noch beschlagnahmten und zweckentfremdeten Beherbergungs- und Gaststättenraumes zu nennen. Auch der Herr Kollege Geiger hat gestern ausgeführt, daß die 20 Prozent, die uns noch am Vorkriegs-

stand des Fremdenverkehrs fehlen, damit übereinstimmen, daß uns auch 20 Prozent des Beherbergungsraumes noch fehlen. Auch hier wäre es notwendig, etwas zu tun. Der sechste Punkt ist schließlich eine ausreichende staatliche Förderung des Fremdenverkehrs in finanzieller, kultureller und politischer Hinsicht sowie die **Schaffung von Kreditmöglichkeiten** für unser Fremdenverkehrsgewerbe.

Im übrigen, meine Damen und Herren, möchte ich Sie zum Schluß ersuchen, dem Antrag des Herrn Kollegen Dr. Sturm auf Wiedereinsetzung der ursprünglichen Haushaltsansätze in voller Höhe für den Fremdenverkehr in den Etat des Wirtschaftsministeriums zuzustimmen.

(Beifall bei der BP)

Vizepräsident Dr. Fischbacher: Als nächster Redner ist gemeldet der Herr Abgeordnete Piehler; ich erteile ihm das Wort.

Piehler (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schade, daß der Herr Kollege Dr. Schedl nicht als letzter gesprochen hat. Dann hätte er nämlich dem Herrn Wirtschaftsminister das Schlußwort ersparen können.

(Richtig! bei der Bayernpartei)

Ich bin allerdings der Auffassung, daß der Herr Wirtschaftsminister das besser und vor allem klüger kann, als es der Herr Kollege Dr. Schedl gemacht hat.

(Abg. Dr. Schedl: Sonst wäre ja ich Wirtschaftsminister!)

Es ist eine alte Tradition, daß bei der Beratung der Haushalte dem jeweiligen Ressortminister die Klagen und Wünsche der Abgeordneten vorgetragen werden. Der Herr Kollege Dr. Schedl, der sonst doch ebenfalls ziemlich klug ist,

(Heiterkeit)

hat das aber nicht getan. Er hat weder Klagen noch Wünsche vorgetragen, sondern nur die einzelnen Redner kritisiert. Ich betone nochmals: Das kann der Herr Wirtschaftsminister besser als Sie.

Zu Ihren Ausführungen über das **Gewerkschaftsvermögen**, Herr Kollege Dr. Schedl, möchte ich sagen, daß ich das von Ihnen nicht erwartet hätte.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Schedl)

— Ich hätte das von Ihnen nicht erwartet. Lassen Sie doch die Gewerkschaften endlich einmal in Ruhe! Die Gewerkschaften kümmern sich ja um das Vermögen des Bauernverbandes, der Industriellenverbände und all der anderen Verbände ebenfalls nicht.

(Sehr gut! bei der SPD)

Ich glaube, die Vermögen der Industriellenverbände wären manchmal ebenfalls besser dazu zu verwenden, die Betriebe in Schwung zu bringen, als politische Parteien damit zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CSU: Umgekehrt!)

(Piehler [SPD])

Sie fordern mich zur Kritik heraus, Herr Kollege Dr. Schedl. Sie dürfen nicht vergessen: Wenn die Gewerkschaften Betriebe aufmachen würden — und das könnten sie —,

(Zuruf von der CSU: Tun sie ja!)

möchte ich nicht hören, was für ein Geschrei entstünde. Das Geld der Gewerkschaften liegt ebenfalls auf Banken, liegt in Sparkassen und sonstigen Geldinstituten und kommt genau so der Wirtschaft zugute wie das Geld aller anderen Verbände.

(Abg. Dr. Schedl: Bergbau, Druckereien, Verlagswesen usw.!)

Das Geld der Gewerkschaften —

(Zuruf von der SPD an Dr. Schedl: Wo haben Sie Ihr Geld? — Abg. Dr. Schedl: Ich hab' leider keins, die andern haben es, Herr Kollege! — Glocke des Präsidenten)

Ich betone nochmals: Das Geld der Gewerkschaften kommt ebenfalls der gesamten Wirtschaft zugute.

(Zuruf von der SPD)

Das kann von Ihnen nicht bestritten werden.

Ihre Ausführungen, Herr Kollege Dr. Schedl, gegenüber meinem Kollegen Sichler waren für mich einfach unverständlich. Herr Kollege Sichler hat doch wirklich sachlich, ruhig und eindringlich gesprochen, und es war seine Pflicht, dem Herrn Wirtschaftsminister die Sorgen des Grenzlandes vorzutragen. Da kann ich wirklich nicht verstehen, daß Sie sich so aufgeregt haben, wie das an Ihrer Stimme zu erkennen war.

(Abg. Dr. Schedl: Ich habe mich absolut nicht aufgeregelt!)

Seien Sie doch froh, wenn Herr Kollege Sichler sich für die vernachlässigte Oberpfalz einsetzt, nachdem Sie doch selbst Landrat in der Oberpfalz sind. Ich hätte von Ihnen, Herr Kollege Dr. Schedl, wirklich etwas anderes erwartet.

(Abg. Dr. Schedl: Da haben Sie nicht genau mitgehört!)

— Ich habe sehr genau zugehört.

Über Marienstein heute zu reden, ist zwecklos, darüber werden wir uns ein andermal unterhalten müssen. Ich habe mir aber gedacht: Gott sei Dank, daß es Marienstein gibt; denn dann haben alle Parteien von rechts bis hier herüber wenigstens etwas zu kritisieren. Wenn Marienstein nicht wäre, könnte die Wirtschaftspolitik der bayerischen Staatsregierung überhaupt nicht mehr kritisiert werden. Seien wir also froh, daß es da ist.

Über Schwanenkirchen etwas zu sagen, Herr Kollege Dr. Schedl, ist überflüssig. Sie tun ja auch so, als wenn Sie Bergbausachverständiger wären. Nach dem Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ über den „Hoffnungsschimmer in der Oberpfalz“ ist auch das Gegenteil von dem eingetreten, was Sie damals so großartig propagiert haben. Ich bin da vorsichtiger gewesen als Sie, Herr Kollege Dr. Schedl, und habe da nicht mitgemacht.

(Zuruf des Abg. Dr. Schédl)

— Ich würde also nicht so viel kritisieren, Herr Kollege Dr. Schedl, sondern wie die anderen Abgeordneten auch dem Herrn Wirtschaftsminister meine Sorgen und Nöte vortragen, und das will ich jetzt nun tun.

Daß im Bergbau Sorgen und Nöte bestehen, weiß der Herr Wirtschaftsminister, und er hat darauf ja auch in dankenswerter Weise in seiner Eratredre hingewiesen. Wir sind auch einmal drei Jahre in der Opposition gestanden, haben aber immer anerkannt, daß der Herr Wirtschaftsminister sich die größte Mühe gegeben hat, die bayerische Wirtschaft aufzubauen. Daß er nicht alles so machen kann, wie man es gerne möchte, wissen wir auch. Ich habe dem Herrn Wirtschaftsminister sehr viel zu verdanken. In Pegnitz war es genau so wie im oberbayerischen Pechkohlenbergbau. Auch Pegnitz war stillgelegt. Daß es wieder arbeiten kann, ist dem Herrn Wirtschaftsminister zu verdanken, und es gibt noch viele andere Dinge, wo wir ihm danken müssen. Das kann uns aber nicht abhalten, dem Herrn Wirtschaftsminister auch zu sagen, wo uns der Schuh drückt, und ihn zu bitten, einzutreten, besonders dann, wenn nicht die Politik des Herrn Wirtschaftsministers, sondern die der verflossenen Regierungen an der jetzigen Not des bayerischen Bergbaus schuld ist.

Eines aber noch vorher! Gestern ist sehr viel über die Energieversorgung gesprochen worden. Das Elektrizitätswerk in Penzberg liegt gegenwärtig still. Das Haushamer Gruben-Elektrizitätswerk wäre in der Lage, Strom zu liefern. Er wird nicht abgenommen. Dagegen beziehen wir heute noch Strom aus dem Norden, und zwar in gewaltigem Ausmaß, 1,5 Milliarden Kilowattstunden im vergangenen Jahr, und auch aus Italien und Österreich. Bayerische Elektrizitätswerke aber liegen still! Ein weiteres Beispiel: Die Luitpoldhütte könnte mit ihren Abgasen billigen Strom erzeugen. Sie könnte den Strom für 5, ja für 4 Dpf. abgeben. Die Obag will aber der Luitpoldhütte nicht mehr als 2,6 Dpf. bezahlen. Daß man für 2,6 Dpf. heute keinen Strom mehr abgeben kann, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die Luitpoldhütte wäre bereit, ihr Elektrizitätswerk weiter auszubauen, um die Abgase vollständig zu verwerten, aber bei einem Preis von 2,6 Dpf. geht das nicht. Wenn 4 Dpf. bezahlt würden, könnte sie Strom erzeugen, und zwar so billig, wie das nicht einmal die Wasserkraftwerke können. Die Diktatur einzelner Überlandwerke ist jedoch so stark, daß sie die gesamten volkswirtschaftlichen Interessen einfach beiseite schieben. Die Obag ist, wie von verschiedenen Seiten schon betont wurde, eines der reichsten Überlandwerke in Bayern. Sie will aber kein Geld ausgeben, um Strom zu erzeugen, sondern will den Strom möglichst billig erhalten, um selbst recht viel Geld zu verdienen.

Und nun zu dem, weshalb ich mich zum Wort gemeldet habe. Ich möchte dabei auch gleich die Debatte zu den Tagesordnungspunkten 13 a und b vorwegnehmen, da der Herr Wirtschaftsminister jetzt hier ist, so daß es vielleicht nicht mehr notwendig sein wird, dann zu diesen Punkten zu sprechen. Wir haben uns im Wirtschaftsausschuß

(Piehler [SPD])

bereits über die Not des oberbayerischen Pechkohlenbergbaus unterhalten. Damals wurde gesagt, Penzberg sei fein heraus, es habe keine Feierschichten, weil dort ein Elektrizitätswerk wäre. Unterdessen ist das Elektrizitätswerk stillgelegt worden, und Penzberg hatte im vergangenen Monat bereits fünf Feierschichten. Das bedeutet einen gewaltigen Verlust an Löhnen, bedeutet aber auch, daß der oberbayerische Pechkohlenbergbau wirklich ernstlich in Gefahr gerät. Hausham hat ebenfalls Feierschichten und Peißenberg wird sie in nächster Zeit wahrscheinlich bekommen. In Penzberg und Hausham liegen 25 000 Tonnen Kohle auf Lager im Werte von 1,5 Millionen DM.

(Abg. Dr. Geislhöringer: Da müssen Sie nur die Löhne erhöhen, dann geht es besser!)

Werke, die sich in Not befinden, können es auf die Dauer nicht ertragen, daß Kohlen im Werte von 1,5 Millionen auf Lager liegen, abgesehen davon, daß die Kohle dadurch nicht besser wird. Es muß also für den oberbayerischen Pechkohlenbergbau etwas getan werden, damit er nicht endgültig zum Erliegen kommt. Ich habe im Wirtschaftsausschuß schon ausgeführt, es hat keinen Zweck, Gelder auszugeben, um neue Bodenschätze zu suchen, wenn die Bodenschätze, die in Bayern vorhanden sind und die ein Millionenvermögen darstellen, vielleicht zugrunde gehen.

(Zuruf von der BP: Sie haben ja doch den Antrag gestellt, daß neue gesucht werden sollen!)

Die Verhältnisse sind hier fast die gleichen wie bei der Energieversorgung. Im ersten Quartal 1953 sind in der Bundesrepublik monatlich noch 884 000 Tonnen Kohle eingeführt worden, davon 376 000 Tonnen aus USA. Wenn schon die deutsche Kohle nicht mehr abgesetzt werden kann, sehe ich wirklich nicht ein, warum dann monatlich 884 000 Tonnen aus dem Ausland eingeführt werden, und zwar gegen gute Devisen. Daß sich das für Bayern besonders auswirkt, ist selbstverständlich. Dazu kommt, daß in Bayern außerdem im vergangenen Winter noch 136 000 Tonnen aus der Ostzone eingeführt wurden, weil man anscheinend Angst gehabt hat, die Kohle könnte nicht reichen, trotzdem man gewußt hat, daß schon im November die Kohle in Bayern nicht mehr verkauft werden konnte.

Über die Tschechen-Kohle ist schon so viel gesprochen worden, daß es eigentlich überflüssig ist, dazu noch etwas zu sagen. Es ist selbstverständlich, daß die Betriebe in der Oberpfalz und in Oberfranken, die Tschechen-Kohle haben müssen, diese auch erhalten. Es kommt aber immer wieder vor, daß die Tschechen nicht liefern und daß man dann froh ist, wenn man andere Kohle bekommt. Ich sehe ein, daß verschiedene Betriebe diese Kohle haben müssen, sehe aber nicht ein, warum man die Tschechen-Kohle so stark verbilligen will. Der Artikel der Süddeutschen Zeitung: „Seidels Sorgenbrief an Dr. Erhard“ hat im bayerischen Kohlenbergbau ziemlich starke Unruhe ausgelöst, weil der Herr Wirtschaftsminister verlangt, daß die

über die Grenzstationen eingehende Kohle günstigere Eisenbahntarife erhalten und außerdem von der Umsatzausgleichssteuer befreit werden soll. Ich bin der Auffassung, daß die paar Mark, die da herauskommen, die oberfränkische und oberpfälzische Industrie, die die Tschechen-Kohle haben muß, bestimmt nicht retten werden; denn wegen der paar Mark, die hier erspart werden, wird bestimmt kein Betrieb aus Oberfranken oder aus der Oberpfalz nach dem Westen abwandern.

(Zuruf: Das macht aber 6 Millionen aus!)

Ich glaube, es sind schon andere Gründe vorhanden, wenn Betriebe jetzt nach dem Westen verlagern, und nicht die Kohlenpreise. Die Kohlenpreise führt man nur an.

Die Not, die Herr Kollege Sichler geschildert hat, ist wirklich ernst zu nehmen; denn sie ist echt. Bei manchen Betrieben in Oberfranken und in der Oberpfalz, die so stark schreien, daß es ihnen schlecht geht, glaube ich aber nicht ganz an die Not; denn wenn diese Betriebe in der Lage sind, Zweigbetriebe weiter westlich auf- und auszubauen, kann es ihnen bestimmt zum mindesten in der Vergangenheit nicht besonders schlecht gegangen sein.

Ich würde auch nichts dagegen haben, wenn die Tschechen-Kohle nur in der Oberpfalz und in Oberfranken abgesetzt würde. Durch die Frachtvergünstigungen und die Befreiung von der Umsatzsteuer kommt die Tschechenkohle aber nun sogar herunter bis in den Südostzipfel Bayerns. Die Herren, die dem 160er Ausschuß angehören, werden bestätigen, daß vor einigen Wochen ein ganzer Zug böhmischer Grießkohle, also minderwertiger Kohle, bei der Anorgana in Gendorf gestanden ist. Die Fracht von Eger bis zur Anorgana macht aber doch allerhand aus. Die Anorgana war bis jetzt restlos von Hausham beliefert worden, durch die Frachtverbilligung und die sonstigen Vergünstigungen ist aber die Tschechenkohle anscheinend sogar in der Lage, in den Südostzipfel Bayerns vorzudringen.

Es sind im Wirtschaftsausschuß massive Angriffe gegen die Oberbayerischen Kohlenbergwerke erhoben worden, daß sie nicht genügend Reklame machen, daß sie überhaupt nichts tun. Das ist auch in einem Artikel der Zeitschrift „Schlegel und Eisen“ zur Sprache gekommen, in dem der Herr Wirtschaftsminister gesagt hat, er könne doch nicht oberbayerische Kohle verkaufen. Das hat bis jetzt auch niemand dem Herrn Wirtschaftsminister zugemutet. Die Herren, die da Kritik üben, daß nicht genügend Reklame gemacht wird, vergessen anscheinend, daß die Hausbrandkohle ja immer noch bewirtschaftet ist, daß man da gar keine Reklame machen darf und kann. Jeder muß die Kohle von dem Händler beziehen, bei dem er eingeschrieben ist.

(Widerspruch)

Jawohl! Fragen Sie nur den Herrn Wirtschaftsminister selbst! Jeder muß die Kohle dort beziehen, wo er eingeschrieben ist. Es kann also für die Hausbrandkohle bis jetzt noch keine Reklame gemacht werden. Sorgen Sie dafür, daß die Kohle

(Piehler [SPD])

ganz frei wird, dann könnte es schon möglich sein, einmal das Nötige zu veranlassen, daß die oberbayerische Kohle besser abgesetzt wird als über den Handel. Dazu kommt weiter, daß die **Ruhrbetriebe** in Bayern **Kohlengroßhandlungen** haben, während es keine einzige bayerische Großhandlung mehr gibt. Daß die Ruhrbetriebe ein Interesse daran haben, die Ruhrkohle in Bayern zu verkaufen, ist selbstverständlich. Sie haben das Hausbrandkontingent restlos angeliefert, und die Kohlenhändler mußten die Kohlen abnehmen, auch wenn sie nicht wollten, weil ihnen gesagt wurde, wenn sie die Kohle nicht abnehmen, könnten sie im Winter schauen, woher sie Kohle bekommen. Es muß versucht werden, daß die bayerische Kohle bei den Kohlenhandlungen genau so behandelt wird wie die Ruhrkohle.

Es wird immer wieder vergessen — das trifft auch für Marienstein zu —, daß der Kohlenbergbau in der Zeit von 1914 bis 1924 die guten Flöze abbauen mußte und die schlechten stehen ließ. Der Kohlenbergbau konnte damals die notwendigen Vorrichtungsarbeiten nicht machen, weil er gezwungen wurde, Kohle, Kohle und nochmals Kohle zu liefern. Und seit 1937 bis zum Jahre 1947, eigentlich bis 1950 war es genau so. Da mußten jeden Monat zwei Überschichten verfahren werden, die Arbeitszeit wurde verlängert, die guten Flöze mußten abgebaut werden und alle Vorrichtungsarbeiten wurden zurückgestellt. Wenn das fast 40 Jahre so geht, muß sich das doch eines schönen Tages auswirken. Es ist nicht nur dem bayerischen Kohlenbergbau so gegangen, sondern dem **Ruhrkohlenbergbau** genau so. Die Ruhr hat bis zur Währungsreform Milliarden an Zuschüssen gebraucht. Bayern hätte kurz vor der Währungsreform — ich weiß nicht, ob es ausbezahlt worden ist — 150 Millionen an die Ruhr bezahlen müssen, weil Kohle von dort bezogen wurde. Dann ist noch das Schlimmste dazugekommen: Die Kohlenpreise waren **politische Preise**. Sie sind ohne Rücksicht auf die Rentabilität der Werke festgesetzt worden. Die Werke konnten mit den Kohlenpreisen nicht mehr auskommen. Sie mußten die Kohle aber verkaufen. Dadurch ist die schwierige Situation entstanden. Die Werke konnten ihre Kohle nicht bis zur Währungsreform horten, wie es die meisten anderen Industriebetriebe mit ihren Erzeugnissen machen konnten. Sie haben ihre Kohle bis zum letzten Tag verkaufen müssen. Sie haben also nach der Währungsreform genau so arm anfangen müssen wie die Normalverdiener und Normalsparer. Das muß alles bedacht werden.

Noch eines: Die **Oberbayerische Aktiengesellschaft** ist während des Krieges gezwungen worden — ich betone: gezwungen worden —, die sämtlichen Kasernen im südbayerischen Raum mit Kohle zu beliefern. Es haben damals mehrere Großversuche in den Kasernen Mittenwald, Füssen und Garmisch stattgefunden. Dabei hat sich herausgestellt, daß die oberbayerische Kohle auch für Zentralheizungen besser ist als Koks.

(Widerspruch rechts)

— Das hilft Ihnen alles nichts. Herr Doktor, Sie können ein guter Arzt sein, aber von der Kohle verstehen Sie nichts.

(Heiterkeit)

Die Großversuche haben ergeben, daß die Beheizung der Kasernen mit oberbayerischer Kohle besser und billiger ist als mit Koks. Infolgedessen ist die Oberbayerische Aktiengesellschaft gezwungen worden, alle Kasernen mit Kohle zu beliefern. Durch die Kasernenlieferungen hat die Oberbayerische Aktiengesellschaft natürlich ihre Privatkunden verloren. Sie hätte die Privatkunden in der Zeit von 1945/46 bis 1949 zurückerobern können. Dann ist das zweite gekommen. Man hat der Oberbayerischen Aktiengesellschaft die Belieferung der Kasernen genommen, und zwar aus dem Grund, weil man die oberbayerische Kohle als Reserve gebraucht hat, um sie dorthin zu schieben, wo einmal eine Lücke entstand. Die Kasernen haben Ruhrkohle bekommen. Trotzdem die Kessel nun auf oberbayerische Kohle umgebaut worden sind, wurde jetzt Ruhrkohle und Koks verheizt. Vielleicht könnte doch der Herr Wirtschaftsminister — und darum möchte ich ihn dringend bitten — erreichen, daß die **Kasernen**, die einen Kessel für oberbayerische Kohle erhalten haben, wieder mit oberbayerischer Kohle beliefert werden. Ich glaube, daß die Besatzungsmacht, wenn es ihr richtig gesagt wird, bereit ist, in den Kasernen wieder oberbayerische Kohle zu verheizen. Es muß unter allen Umständen etwas getan werden. Ich betone noch einmal: Die Lage ist für den oberbayerischen Bergbau wirklich lebensgefährlich. Die Oberbayerische Aktiengesellschaft würde gegenwärtig noch auskommen, wenn sie den nötigen Absatz hätte. Sie braucht weder Zuschüsse, noch sonst irgend etwas. Sie ist konkurrenzfähig, wenn für den Absatz gesorgt wird. Wenn für den Absatz nicht gesorgt wird, wenn weiterhin so viel Feierschichten notwendig werden, wenn Kohle auf Lager geschüttet werden muß, dann muß man entweder den oberbayerischen Pechkohlenbergbau zusperren oder Subventionen geben! Was es bedeuten würde, wenn der oberbayerische Pechkohlenbergbau zum Erliegen käme, brauche ich kaum zu sagen. Es sind dort 8000 Arbeiter beschäftigt. Das sind mit den Familienangehörigen ungefähr 30 000 Menschen. Es geht in dem Fall nicht nur um die Bergarbeiter, sondern auch um das gesamte Handwerk und den gesamten Handel, die vom Bergbau und den Bergarbeitern leben. Die Orte Penzberg, Peißenberg, Hausham, Marienstein, Peiting, Hohenpeißenberg könnten dann glatt ausgeradiert werden. Denn andere Arbeitsmöglichkeiten gibt es nicht, abgesehen davon, daß die Kohle, die noch drin ist, ein Vermögen von Hunderten von Millionen bedeutet. Ein Bergwerk kann man nicht zusperren wie eine Fabrik und nach einem Jahr wieder aufmachen. Ich bitte deshalb noch einmal dringend, alles zu tun, um dem oberbayerischen Bergbau zu helfen.

Vielleicht darf ich noch ein Beispiel nennen, um zu beweisen, wie man in der Vergangenheit gesündigt hat. **Höllriegelskreuth** hat ein neues **Kohlenkraftwerk** gebaut. Höllriegelskreuth hat angefragt, ob es die Kohlen von der Oberbayerischen

(Piehler [SPD])

Aktiengesellschaft erhalten könne, damit die Kessel dementsprechend gebaut werden. Man hat erwidern müssen: Wir können das nicht; wir haben über die Kohle nicht zu verfügen. Dann hat Höllriegelskreuth seine Kessel auf Ruhrkohle gebaut. Höllriegelskreuth liegt direkt vor Penzberg. Es verfeuert Ruhrkohle, die 500 und 600 km weit herkommt.

(Hört, hört!)

Noch eines dazu: Wenn man bedenkt, daß jetzt der **Schuman-Plan** zu laufen beginnt, daß die Saarkohle wahrscheinlich ebenfalls Frachtverbilligung erhält und dann ebenfalls noch nach Süddeutschland hereinkommt, ich weiß nicht, welche Auswirkungen das hat. Eines ist noch interessant: Der belgische Bergbau braucht jährlich 146 Millionen Mark Zuschuß. Davon muß das Land Belgien selbst 73 Millionen Mark aufbringen, die übrigen 73 Millionen Mark sollen die 6 Schuman-Plan-Länder aufbringen. Von diesen 73 Millionen Mark muß Westdeutschland 66,4 Millionen

(Hört, hört!)

und Holland 6,6 Millionen aufbringen. Die Zuschüsse, die gewährt werden, werden auf den Kohlenpreis umgeschlagen: pro Tonne 65 Pfennig. Das Land Bayern braucht jährlich ungefähr 10 Millionen Tonnen Kohle. 10 Millionen mal 65 Pfennig sind 6,5 Millionen Mark. Die Volkswirtschaft des Landes Bayern muß also jährlich 6,5 Millionen DM aufbringen, um den belgischen Kohlenbergbau zu stützen.

(Hört, hört!)

Ich bin der Meinung, die 6,5 Millionen DM sollten doch lieber dem bayerischen Bergbau zugute kommen.

(Sehr gut!)

Ich habe neulich auch einmal gesagt, wenn man von der oberfränkischen Industrie spricht, muß man auch daran denken, daß die oberfränkische Industrie für die Investitionshilfe des Ruhrbergbaus gewaltige Summen aufbringen muß. Der Herr Oberbürgermeister von Hof hat neulich gesagt, daß Hof dafür allein 600 000 DM aufbringen muß. Also: Die Notstandsbetriebe an der Ostgrenze müssen gewaltige Summen als Investitionshilfe für die Ruhr aufbringen, und wir zahlen von Deutschland aus für den belgischen Bergbau jährlich 66,4 Millionen DM Zuschuß. Frankreich, das Saargebiet und die übrigen Schuman-Plan-Länder brauchen nichts zu bezahlen. Deutschland und Holland allein müssen die **Zuschüsse für den belgischen Bergbau** aufbringen. Vielleicht läßt sich aber auch daraus ersehen, daß es eben dem gesamten Bergbau Westeuropas infolge der beiden Kriege die ganzen Jahre her schlecht gegangen ist. In Belgien wird es wahrscheinlich genau so gewesen sein wie bei uns. Auch dort wird die Besatzungsmacht alles getan haben, um möglichst viel Kohle herauszubringen. Man hat nicht daran gedacht, daß man auch Vorrichtungsarbeiten machen muß. Jetzt müssen wir dafür aufkommen. Ich bitte wirklich dringend: Herr Minister, sorgen Sie dafür — ich weiß, daß Sie nicht

Kohle verkaufen können, aber Sie haben doch einen sehr großen Einfluß —, daß die oberbayerische Kohle so bald wie möglich Absatz findet! Sonst werden vielleicht Millionenbeträge benötigt, um den oberbayerischen Pechkohlenbergbau zu erhalten. Denn daß er zum Erliegen kommt, kann, glaube ich, weder der Herr Wirtschaftsminister noch der Bayerische Landtag verantworten. Dann wird eben nichts anderes übrig bleiben, als Millionenbeträge als Zuschuß zu geben. Und das möchten wir verhindern.

Ich darf zum Schluß vielleicht noch auf eines hinweisen: Die **oberbayerischen Bergarbeiter** haben bis jetzt in Notzeiten immer bewiesen, daß sie bereit sind, für die gesamte Bevölkerung etwas zu tun. Im Winter 1945/46 sind 70 000 **Sonntagsschichten** von den oberbayerischen Bergarbeitern verfahren worden. Ich habe bereits 1920 bis 1924 dauernd die oberbayerischen Bergarbeiter ersucht, Sonntagsschichten zu verfahren, damit die Bevölkerung nicht zu frieren braucht. Mir ist dann 1930, als die Wirtschaftskrise kam und der oberbayerische Pechkohlenbergbau ebenfalls in Schwierigkeiten geriet, gesagt worden: Du brauchst uns nimmer zu kommen, daß wir Sonntagsschichten verfahren sollen; denn mit dem Moment, wo es wieder genug Kohle gibt, denkt niemand mehr an die oberbayerischen Bergarbeiter. Der Herr Oberbürgermeister von München ist leider nicht da. Auch die Stadträte der Stadt München sind dauernd in die oberbayerischen Bergarbeiterorte gefahren und in die Betriebe mitgegangen. Sie haben die oberbayerischen Bergarbeiter auch 1945/46 ersucht, Sonntagsschichten zu verfahren. Meine älteren Kollegen haben mir gesagt: Was willst Du? Mit dem Moment, wo es wieder Kohle genug gibt, werden wir genau so vergessen, wie wir 1930 vergessen worden sind. Ich habe trotzdem gesagt: Ihr müßt den Münchnern helfen. Die Kohlennot ist so ungeheuer groß. Wir können es nicht verantworten, daß in München die alten Leute erfrieren. Wir müssen Sonntagsschichten verfahren. Die oberbayerischen Bergarbeiter haben es gemacht, und jetzt sitzen sie wieder da und haben **Feierschichten**. 5 Feierschichten im Monat sind ein Lohnverlust von rund 80 DM monatlich.

(Abg. Dr. Geislhöringer: Die Lohn-erhöhungen!)

— Herr Kollege Dr. Geislhöringer, hören Sie doch endlich einmal mit dem alten Schmarren auf!

(Heiterkeit)

Ich kann Ihnen nichts anderes sagen. Ich war der Meinung, daß Ihnen Ihr Herr Kollege Merkel von der Oberbayerischen Aktiengesellschaft, der doch Bundestagsabgeordneter der Bayernpartei ist, endlich einmal gesagt hat, wie es im oberbayerischen Pechkohlenbergbau aussieht.

(Abg. Dr. Geislhöringer: Das wissen wir doch!)

Ich habe Sie gestern einen Artikel im Miesbacher Anzeiger lesen lassen, in dem der Kreisvorsitzende der Bayernpartei, Herr Bachmaier, gesagt hat, daß Sie von der Wirtschaft nichts verstehen.

(Beifall bei der SPD)

(Piehler [SPD])

— Das sage nicht ich, das hat Ihr Kreisvorsitzender gesagt.

(Zuruf von der BP: Den habt Ihr richtig eingeseift!)

Ich will Ihnen, Herr Dr. Geislhöringer, gar nicht einmal zumuten, daß Sie ein Vierteljahr einen Bergmann machen und mit dem Lohn auskommen sollen, den der Bergmann bekommt. Gehen Sie wenigstens einmal vier Stunden in die Grube hinein! Nachher können Sie reden, aber vorher nicht.

(Zurufe)

Sie haben ja einen Brief in der Tasche, den Ihnen ebenfalls ein Bergmann aus Hausham geschrieben hat. Er rechnet Ihnen aus, wie er mit dem Lohn noch auskommen kann, wenn er für die Schicht trotz der 50 Pfennig Lohnnerhöhung, die jetzt gekommen ist, 9,70 DM bekommt.

(Abg. Kiene: Neidhammel!)

Sie machen sich lächerlich, wenn Sie dauernd solche Sachen vorbringen und nichts davon verstehen. Ich glaube, daß der Herr Wirtschaftsminister mehr Verständnis dafür hat als Sie.

(Zuruf des Abg. Dr. Geislhöringer)

— Ich habe nichts dagegen, Herr Kollege Dr. Geislhöringer. Machen Sie ruhig so weiter! Dann ist bei den nächsten Wahlen die Bayernpartei im Kreis Miesbach überhaupt nicht mehr da.

(Heiterkeit)

Mir können Sie nur einen Gefallen tun, wenn Sie so weitermachen. Was Ihnen die Bayernpartei bei der nächsten Wahl dann sagt, werden Sie schon sehen.

(Abg. Dr. Geislhöringer: Warten Sie ruhig ab!)

Also reden Sie nicht von Dingen, von denen Sie nichts verstehen!

(Abg. Dr. Geislhöringer: Das paßt Ihnen nicht. Soviel verstehen wir schon wie Sie!)

— Anscheinend doch nicht.

(Abg. Dr. Geislhöringer: Man soll nicht den Lohn erhöhen, wenn die Produktion — —!)

— Herr Kollege Dr. Geislhöringer, ich muß doch noch etwas machen, daß Sie endlich zufrieden werden. Vielleicht gehen wir doch alle zwei trotz meiner 65 Jahre auf 14 Tage in eine Grube und arbeiten dort. Gehen Sie mit! Ich bin sofort bereit dazu. Dann werden Sie anders reden. Aber es hat keinen Zweck, sich mit Herrn Dr. Geislhöringer zu unterhalten; er ist unbelehrbar. Ich mag ihn sonst ganz gern, aber es ist nichts zu machen mit ihm.

(Heiterkeit links)

Also — um wieder zum Thema zurückzukommen —, Herr Minister, ich bitte Sie nochmals dringend: Es ist wirklich höchste Zeit, es muß geholfen werden! Wenn dem oberbayerischen Pechkohlenbergbau nicht bald geholfen wird, sehe ich eine Katastrophe voraus. Ich habe mich schon oft an

Sie gewandt, Sie haben mir schon manchmal geholfen, vielleicht sind Sie auch diesmal in der Lage, dem oberbayerischen Pechkohlenbergbau zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile das Wort dem Herrn Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

Dr. Seidel, Staatsminister: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie werden verstehen, daß ich das Bedürfnis habe, aus der Fülle von Anregungen und auch kritischen Bemerkungen der Diskussion einige herauszugreifen und zu ihnen Stellung zu nehmen. Ich möchte gleich mit dem **oberbayerischen Pechkohlenbergbau** beginnen. Wenn ich das tue, geschieht es nicht, um all das, was der Herr Abgeordnete Piehler vorgetragen hat, kritisch zu durchleuchten. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Piehler nur das eine sagen: Ich bin als Werkstudent mehrere Monate auf der Zeche Emscher-Lippe tätig gewesen und habe vor Stein und Kohle gearbeitet. Ich verstehe deshalb, wenn unsere oberbayerischen Bergleute in Sorge und in Angst sind, daß sie ihre Gruben nicht mehr halten können. Diese meine Tätigkeit im Bergwerk hat mir aber auch einige Lehren betriebswirtschaftlicher und bergtechnischer Art eingebracht. Wir müssen diese Lehren, Herr Kollege Piehler, in der Zukunft berücksichtigen. Ich kann Ihnen nur die Versicherung geben, daß mein Haus in den entsprechenden Referaten zur Zeit einen großen Teil seiner Arbeit darauf verwendet, das Problem von allen Seiten her anzupacken und zu durchleuchten. Ich bin sicher, daß wir auf irgendeinem Wege dazu kommen, die augenblicklichen Absatzschwierigkeiten zu bereinigen. Ich glaube, daß es nicht notwendig ist, dazu noch weitere Ausführungen zu machen.

Nur eine Bemerkung, Herr Abgeordneter Piehler, zu den **Kasernen**, die von der Besatzungsmacht besetzt sind. Sie wissen, daß ich im Jahre 1950 damals in der Tegernseer Landstraße vorgesprochen habe und die Militärregierung dazu bewegen konnte, mit der US-Armee Verbindung aufzunehmen, und daß ein Herr meines Ministeriums damals in Heidelberg, in Mannheim und in Dortmund herumgefahren ist, immerhin mit dem Erfolg, daß einige der Kasernen wieder mit oberbayerischer Pechkohle beliefert werden konnten. In dieser Beziehung haben wir auch im Jahre 1952 verschiedene Schritte unternommen. Wir werden diese Bemühungen fortsetzen, um zu erreichen, daß die Kasernen, die mit entsprechenden Feuerungsanlagen versehen sind, auch in Zukunft, und zwar vollständig, mit oberbayerischer Pechkohle beliefert werden können.

Eine zweite kritische Bemerkung war die der Herren Abgeordneten **Wolf** und **Dr. Sturm**. Sie betraf die **Verteilung der Mittel für den Fremdenverkehr**, sowohl für die Werbung als auch für die Förderung. Hierzu möchte ich folgendes sagen: Ich habe dem Hohen Haus am 9. Mai eine Übersicht überreichen lassen, aus der hervorgeht, wie die Mittel für die Fremdenverkehrsarbeit und die zur Förderung des Fremdenverkehrs verwendet worden sind. Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß

(Dr. Seidel, Staatsminister)

aus den Fremdenverkehrs-Werbungs-Mitteln vom Landesfremdenverkehrsverband Bayern 79 000 DM für überregionale, also übergeordnete Zwecke verwendet worden sind. Der Landesfremdenverkehrsverband Bayern hat die übrigen Mittel an die vier regionalen Verbände folgendermaßen verteilt: München-Oberbayern 144 500, Nordbayern 88 000, Schwaben 63 750 und Ostbayern 49 750 DM. Ich möchte betonen, daß diese Verteilung auf Grund eines Schlüssels erfolgt ist, der nicht etwa in meinem Ministerium gemacht worden ist, sondern der zwischen den vier regionalen Verbänden ausgehandelt wurde. Ich möchte weiter darauf hinweisen, daß sich ein ganz anderes Bild ergibt, wenn Sie die Verteilung der Mittel zur Förderung des Fremdenverkehrs betrachten. Von ihnen hat nämlich München-Oberbayern nur 31 500, Schwaben-Allgäu 49 000, Ostbayern 57 500 und Nordbayern 72 000 DM erhalten. Sie sehen also, daß von den Förderungsmitteln entsprechend der Unterentwicklung des Fremdenverkehrswesens in Ostbayern und Nordbayern die höheren Beträge dorthin geflossen sind. Ich finde, daß das eine sehr vernünftige Maßnahme war. Denn es kann nicht geleugnet werden, daß Oberbayern der zentrale Mittelpunkt der bayerischen Fremdenverkehrswirtschaft ist und daß natürlich die Werbung dort genau so notwendig ist wie in den anderen Gebieten auch. Man darf diese ganzen Maßnahmen nicht mit den Augen eines Geschäftsführers sehen, sondern muß sie mit den Augen eines Abgeordneten betrachten. Geschäftsführer haben die Neigung zu Überreibungen,

(Sehr richtig! bei der CSU)

ein Abgeordneter sollte die Neigung besitzen,

(Zuruf aus der Mitte: Sollte!)

die großen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge zu sehen.

(Allgemeiner Beifall)

Der Abgeordnete Geiger und verschiedene andere Abgeordnete haben auf die **Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau** hingewiesen. Sie haben dabei aber einen Adressaten ausgewählt, der mir nicht der richtige zu sein scheint. Denn daß ich von der Notwendigkeit des Ausbaus der Großschiffahrtsstraße überzeugt bin, habe ich in der Vergangenheit so oft und so nachdrücklich kundgegeben, daß darüber kein Zweifel mehr bestehen sollte. Darüber hinaus bin ich der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft und bin schon in dieser Eigenschaft verpflichtet, mein Augenmerk dieser Frage besonders zuzuwenden.

Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang eine Nebenbemerkung des Herrn Dr. Sturm aufgreifen, eine etwas spitze Nebenbemerkung über **Aufsichtsratsmandate von Kabinettsmitgliedern**. Nach der bayerischen Verfassung darf ein Kabinettsmitglied Aufsichtsrat nur in einer Gesellschaft sein, die dem Staat gehört oder in der der Staat einen maßgeblichen wirtschaftlichen Einfluß besitzt; es ist ihm nicht erlaubt, Mitglied des Aufsichtsrats einer

privaten Aktiengesellschaft zu werden. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein Ressortminister in Gesellschaften, die für sein Ressort von ausschlaggebender Bedeutung sind, auch im Aufsichtsrat vertreten sein möchte. Es handelt sich hierbei, möchte ich beinahe sagen, um eine dienstliche Verpflichtung, die er wahrzunehmen hat.

(Abg. Dr. Schier: Das trafe auch beim Oberbürgermeister von Regensburg zu!)

— Sie schneiden die Frage an, Herr Dr. Schier, warum der Herr **Oberbürgermeister von Regensburg** nicht im Aufsichtsrat der Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft ist. Ich habe dem Herrn Oberbürgermeister in einem ausführlichen Schreiben und auch mündlich dargelegt, warum das nicht gegangen ist. Niemand hat das mehr bedauert als ich persönlich. Aber ich kann das Betriebsverfassungsgesetz nicht ändern. Wir mußten die Zahl der Mitglieder beschneiden und durften nur diejenigen nehmen, die von der Gesellschaft tatsächlich nicht ausgeschlossen werden konnten.

Nun zu den **Grenzgebieten**: Der Herr Abgeordnete Sichler hat ein Interview zitiert, daß der Herr Abgeordnete Dr. Soleder der „Mittelbayerischen Zeitung“ gegeben hat. Ich weiß nicht, ob das Interview richtig wiedergegeben ist. Wenn es richtig wiedergegeben ist, muß ich sagen, daß ich sehr erstaunt bin. Denn gerade der Herr Abgeordnete Dr. Soleder wird von mir persönlich und auch von meinem Haus so reichlich mit Material zur Durchsetzung von Wünschen, die das Grenzland betreffen, versorgt, daß er keinen Grund und keinen Anlaß zur Beschwerde hätte. Allerdings versorge ich jeden bayerischen Abgeordneten, gleichgültig, welcher Partei er angehört, mit solchem Material, wenn es sich um Anträge handelt, die das Grenzland betreffen.

(Abg. Dr. Wüllner: Wahrscheinlich hat er es nicht gelesen!)

Was im übrigen diese 8 Millionen DM anlangt, so ist es doch so, daß im Sanierungsprogramm 1952 7 800 000 DM zur Verfügung gestellt worden sind. Was **Sanierungsgebiet** ist, ist nicht ohne weiteres oder nach Willkür zu entscheiden, sondern die Bundesregierung hat als Voraussetzung für die Erklärung eines Gebietes zum Sanierungsgebiet bestimmte Bedingungen gesetzt. Diese Bedingungen knüpfen sich entweder an den Grad der Arbeitslosigkeit im Durchschnitt mehrerer Jahre oder an die schlechte Ertragsfähigkeit des Gebietes; bei beiden verlangt sie noch die Berücksichtigung der Steuerkraft. Überall da, wo wir diese Voraussetzungen als vorliegend festgestellt haben, haben wir mit sehr großem Nachdruck versucht und auch erreicht, daß die betreffenden Gebiete zu Sanierungsgebieten erklärt wurden. So sind diese 7 800 000 DM auch in die in Betracht kommenden Sanierungsgebiete geflossen. Sie sind aufgegliedert worden für die Land- und Forstwirtschaft, für den Verkehr, nämlich für Straßen- und Wirtschaftswegebau und Eisenbahnen, für die Energie- und Wasserwirtschaft, nämlich den Energieausbau und die engere Wasserwirtschaft, und schließlich für Gewerbe, nämlich für Handwerk und Fremdenver-

(Dr. Seidel, Staatsminister)

kehr. Ich will Sie mit den einzelnen Ziffern nicht aufzuhalten. Sie dürfen aber überzeugt sein, daß wir versucht haben, die einzelnen Sanierungsgebiete möglichst gerecht zu beteiligen.

Was die Strecke Schwandorf—Cham—Passau anlangt, Herr Abgeordneter Sichler, so haben Sie recht. Diese Strecke wurde zwischen Schwandorf und Cham auf der Schiene befahren und von da an mit dem Omnibus. Die Bundespost hat auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen Einspruch erhoben, weil sie einen ähnlichen Straßenverkehr bedienen will. Heute findet in Grafenau eine Besprechung über die Angelegenheit statt. Ein Beamter meines Ministeriums ist dort anwesend und ich will hoffen, daß man zu einer vernünftigen Lösung kommt, die beide Teile berücksichtigt.

Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß auch in der Oberpfalz und im Bayerischen Wald zahlreiche neue Betriebe entstanden sind. Meine Damen und Herren, Sie wissen es doch selber, Sie können einfach diese Betriebe nicht übersehen. Auch die holzverarbeitende Industrie — Sie wissen, daß das für mich ein besonderes Anliegen ist — konnte im Bayerischen Wald neu installiert werden. Denn ich sehe nicht ein, daß wir Rundholz oder vielleicht noch Schnittholz verfrachten und dann die daraus hergestellten Erzeugnisse wieder nach Bayern hereinholen. Immerhin ist in Hundendorf bei Bogen ein dreistufiger Betrieb mit großen Aussichten, in Hauzenberg ein weiterer Betrieb, der Furnierplatten und Preßsparren herstellt, entstanden; in Roding ist ebenfalls ein dreistufiger Betrieb geplant, dessen erste Baustufe vermutlich in absehbarer Zeit begonnen wird. Es ist also nicht so, als ob dieses Gebiet trotz seiner ungünstigen Standortfaktoren vernachlässigt worden sei.

Was nun die Abwanderungen anlangt, so bitte ich — ich habe das schon mehrmals getan — auf folgendes zu achten. Über die Ziffern der sogenannten abgewanderten Betriebe bin ich mit der Industrie- und Handelskammer in Bayreuth nicht einig. Ich habe auf Grund der Industrieberichterstattung und der Feststellungen des Statistischen Landesamts ein anderes Ergebnis erarbeitet. Es sieht folgendermaßen aus: An Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten sind vom Januar 1948 bis April 1951 aus Oberfranken 27 Betriebe mit 711 Beschäftigten abgewandert, vom 1. Mai 1951 bis 31. August 1952 18 Betriebe mit 1470 Beschäftigten; zusammen also seit Anfang 1948 bis September 1952 45 Betriebe mit 2181 Beschäftigten. Demgegenüber zählte Oberfranken im August 1952 1542 Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, die eine Belegschaft von 138 713 Personen hatten. Gemessen an diesen in Oberfranken ansässigen Betrieben machen die abgewanderten 45 Betriebe nur einen äußerst geringen Prozentsatz von 2,9 Prozent, ihre Belegschaft sogar nur einen solchen von 1,5 Prozent aus. Sie haben aus meiner Etatredere schon feststellen können, daß ich diesen Prozeß keineswegs unterschätze und verniedliche; im Gegenteil, ich betrachte ihn als einen sehr ernsthaften Beginn einer sozialen Erosion, wie ich es bezeichnet habe.

Aber man soll in dieser Frage keine Psychose schaffen. Eine solche Psychose ist außerordentlich schädlich und sie ist auch nicht gerechtfertigt; denn die allgemeine Entwicklung der Industrialisierung Oberfrankens zeigt nämlich gar kein so unerfreuliches Bild. Die Zahl der Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten hat sich im ganzen seit April 1949, wenn auch nicht in dem Umfang wie in Bayern insgesamt, sogar vergrößert, und zwar von 1383 Betrieben mit einer Belegschaft von 115 618 Personen auf 1542 Betriebe mit einer Belegschaft von 138 713 Personen. Die Textilbetriebe sind in dem gleichen Zeitraum von 266 auf 282 gestiegen. Den im Zeitraum von Mai 1951 bis zum 31. August 1952 aus Oberfranken abgewanderten 8 Betrieben mit 1470 Beschäftigten stehen also 32 Betriebe mit 1039 Beschäftigten gegenüber, die seither in die Industrieberichterstattung neu aufgenommen werden konnten.

Wir müssen also die Dinge auf das richtige Maß zurückbringen. Dem Abgang steht ein Zugang gegenüber. Nicht erfaßt sind damit jene Zweigbetriebe, die in anderen Teilen Bayerns oder der Bundesrepublik errichtet worden sind. Ich halte mit meiner Meinung über diese Filialgründungen nicht hinter dem Berge. Ich habe keinen besonders hohen Respekt vor solchen unternehmerischen Leistungen,

(Sehr gut! bei der SPD)

vor allen Dingen dann nicht, wenn sie keine betriebswirtschaftliche Grundlage haben. Ich gebe durchaus zu, daß in einigen Fällen eine echte betriebswirtschaftliche Grundlage vorhanden ist. Wir machen aber auch die Feststellung, daß es in Oberfranken Unternehmer gibt, die den Rechenstift zur Hand genommen und sich überlegt haben, ob es nicht vernünftiger ist, freies Kapital zur Rationalisierung und Modernisierung ihrer oberfränkischen Betriebe zu verwenden, anstatt es in Richtung eines Zweigbetriebes ausgerechnet im Schwarzwald oder jenseits des Rheins anzulegen. Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Vor diesen Unternehmen habe ich einen außerordentlich hohen Respekt; denn sie haben damit erreicht, daß sich ihre Wettbewerbsbedingungen verbessert haben, ohne daß sie aus dem Grenzgebiet Kapital, Arbeit und Maschinen verlagerten.

Trotzdem — ich habe es in meiner Etatredere deutlich genug zum Ausdruck gebracht — müssen wir die Vorgänge in den Grenzgebieten mit der allergrößten Sorgfalt beobachten. Ich schätze die Arbeit des Grenzlandausschusses in dieser Frage sehr hoch ein. Dieser Grenzlandausschuß hat ein Programm entwickelt, das sich an das Programm anlehnt, das mein Ministerium auf Grund eines Beschlusses des Hohen Hauses erstellt hat. In der Frage der Finanzierung hat sich gezeigt, daß das Programm des Grenzlandausschusses eine Erhöhung erforderlich macht. Wir müssen uns fragen, wie die Finanzierung für solche Programme vorgenommen werden kann. Dazu möchte ich folgendes feststellen: Es ist ausgeschlossen, daß der Etat des bayerischen Staates mehr leistet, als ihm Möglichkeiten zur Leistung gegeben sind. Der Etat ist beschränkt. Wir können den Steuerzahler nicht

(Dr. Seidel, Staatsminister)

ungebührlich belasten und brauchen deshalb neue Finanzierungswege. Ich persönlich glaube, daß solche Finanzierungswege vorhanden sind, ohne daß man den Steuerzahler belastet. Es schwebt mir vor, daß man die im Gesetz über die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung verankerte Möglichkeit der Ausgabe von Wertpapieren ausnützen sollte. Das könnte dadurch geschehen, daß sich die Staatsregierung entschließt, der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung einen angemessenen Wertstock aus ihren guten Staatsbeteiligungen zu übertragen oder als Deckungsstock für die Ausgabe von Investment-Zertifikaten in irgendeiner der Zweckbestimmung und den Deckungsbestimmungen für die Ausgabe von Wertpapieren gerecht werdenden Form zur Verfügung zu stellen. Über das Finanzpolitische hinaus könnte man auf solchem Wege hohe volkswirtschaftliche Nutzungsleistungen erzielen, indem man durch die Realisierung wertvoller Staatsbeteiligungen notleidenden Grenzgebieten oder anderen Brennpunkten wirtschaftlicher Förderung Mittel zuführt, die auf einem anderen Wege kaum zu beschaffen sind. Ich habe diese Vorstellung mit meinem Kollegen Zietsch noch nicht im einzelnen besprochen. Ich werde es noch tun. Vielleicht ist auch das Hohe Haus in der Lage, diese Anregung in irgendeiner Form aufzugreifen, damit das Problem nach allen Seiten hin studiert wird. Ich fühle mich nicht als Fachmann genug, um mit dem Brustton der Überzeugung zu sagen, daß dies ein Weg ist, der unter allen Umständen gegangen werden kann, möchte aber meinen, daß er zumindest Anlaß sein sollte, die Frage sehr gründlich und sorgfältig zu überlegen.

Damit, meine Damen und Herren, möchte ich meine Ausführungen schließen und zum Schluß die Versicherung abgeben, daß ich die zahlreichen Anregungen, die in der Diskussion zutage getreten sind, notiert habe und daß ich mein Augenmerk auf sie richten werde, auch wenn ich sie jetzt im einzelnen nicht behandelte.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Dr. Hundhammer: Die Beratung ist abgeschlossen; wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr für das Rechnungsjahr 1953.

Vom Einzelplan 07 rufe ich das Kapitel 01, Zentrale Verwaltung, A. Ministerium, auf. Es schließt ab in der Einnahmensumme mit 498 000 DM, in der Ausgabensumme mit 3 953 300 DM; somit verbleibt ein Zuschußbedarf von 3 455 000 DM. — Widerspruch erfolgt nicht; ich stelle die Zustimmung fest.

Ich rufe auf Kapitel 01 B, Sammelansätze für den Gesamtbereich des Einzelplans 07. Einnahmen sind nicht vorhanden. Die Gesamtausgabe beläuft sich auf 23 200 DM. Diese Summe stellt den Zuschußbedarf dar. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf Kapitel 02, Allgemeine Bewilligungen. Der Haushaltsausschuß hat vorgeschlagen, bei Titel 601, Zuschüsse zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, den Ansatz von 1,3 Millionen DM auf 2,4 Millionen DM zu erhöhen.

Hierzu liegt ein Abänderungsantrag Dr. Sturm vor, der dahingeht, daß bei Titel 601, Zuschüsse zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, in Abänderung der vom Haushaltsausschuß vorgeschlagenen Erhöhung auf 2,4 Millionen eine Erhöhung um 3,8 Millionen auf insgesamt 4,9 Millionen DM erfolgen soll. Wer dem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Vorschlag des Haushaltsausschusses, eine Erhöhung von 1,3 Millionen DM auf 2,4 Millionen DM vorzunehmen, abstimmen. Wer dem die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei Titel 602, Zuschuß für das Institut für Wirtschaftsforschung in München, schlägt der Haushaltsausschuß vor, den Betrag um 40 000 DM auf 340 000 DM zu erhöhen und die Erläuterungen entsprechend zu ändern. — Dagegen erhebt sich keine Erinnerung; ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Zu Titel 603, Zuschüsse zur Fremdenverkehrsarbeit, hat der Herr Abgeordnete Dr. Sturm beantragt, eine Erhöhung um 90 000 DM auf 485 000 DM vorzunehmen. Wer diesem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Das ist Minderheit. Der Antrag ist nicht angenommen.

Wer dem vom Haushaltsausschuß gemachten Vorschlag die Zustimmung geben will, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei 5 Stimmenthaltungen ist beschlossen, wie vom Haushaltsschluß vorgeschlagen wurde.

Bei Titel 604, Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs, schlägt der Haushaltsausschuß vor, den Betrag um 205 000 DM auf 300 000 DM zu erhöhen. Der Herr Abgeordnete Dr. Sturm hat in einem Abänderungsvorschlag beantragt, die Summe um 405 000 DM auf 500 000 DM zu erhöhen. Wer dem Abänderungsantrag Dr. Sturm die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wer dem Vorschlag des Haushaltsausschusses auf Erhöhung der Position um 205 000 DM auf 300 000 DM zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei einer Stimmenthaltung ist im Sinne des Vorschlags des Haushaltsschusses beschlossen.

Bei Titel 609, Zuschüsse zur Förderung des Flugwesens, schlägt der Ausschuß vor, den im Regierungsentwurf vorgesehenen Betrag um 20 000 DM auf 50 000 DM zu erhöhen. Wer dem zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen — liegen nicht vor. Es ist einstimmig im Sinne des Ausschussvorschlags beschlossen.

(Präsident Dr. Hundhammer)

Unter Berücksichtigung dieser Änderungen schließt das Kapitel 07 02 ab in Einnahmen mit 3 516 000 DM, in Ausgaben mit 7 570 000 DM. Es verbleibt also ein Zuschußbedarf von 4 054 000 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Es folgt Kapitel 07 03, Oberbergamt München. Der Haushaltsausschuß beantragt, der Erläuterung zu Titel 104 folgende Fassung zu geben:

Bedarf an nichtbeamteten Kräften

1. Angestellte		Stellen
b. Tarifliche Angestellte		
VergGr. IV	.	1
VergGr. VI b	.	1
VergGr. VII	.	6
VergGr. VIII	.	5 (9)
VergGr. IX	.	4
	Zusammen	17 (21)
2. Arbeiter	.	3 (8)
	Insgesamt 1. und 2.	20 (29)
Zugang:	Stellen	
VergGr. IV	1	infolge Höhergruppierung einer Stelle der VergGr. Va
Abgang:	Stellen	
VergGr. V a	1	infolge Höhergruppierung nach VergGr. IV
VergGr. VIII	4	{ infolge nunmehriger Ver-
Arbeiter	5	anschlagung bei Kap. 07 04
	Zusammen	10

Zu Titel 301, Aufwendungen im Interesse der Grubensicherheit und zur Fortbildung von Betriebsangehörigen der bergbaulichen Unternehmungen, beantragt der Ausschuß, den Betrag um 20 000 DM auf 50 000 DM zu erhöhen. — Eine Erinnerung dagegen erhebt sich nicht.

Unter Berücksichtigung dieser Änderungen schließt Kapitel 07 03 ab in der Einnahmensumme mit

23 000 DM, in der Ausgabensumme mit 511 600 DM; somit bleibt ein Zuschußbedarf von 488 600 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf das Kapitel 07 04, Bergämter. Die Summe der Einnahmen beträgt 3 100 DM, die Summe der Ausgaben 170 800 DM, der Zuschußbedarf 167 700 DM. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe auf das Kapitel 07 05, Geologisches Landesamt. Summe der Einnahmen 30 000 DM, Summe der Ausgaben 673 700 DM, Zuschußbedarf 643 700 DM. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe auf das Kapitel 07 06, Wirtschaftsabteilungen bei den Regierungen. Einnahmen sind bei diesem Kapitel nicht vorhanden. Die Summe der Gesamtausgaben in Höhe von 1 003 000 DM stellt zugleich den Zuschußbedarf dar. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Nun folgt die Schlußabstimmung über den Einzelplan 07 mit folgender Gesamtabgleichung:

Summe der Gesamteinnahmen	4 070 100 DM
Summe der Gesamtausgaben	13 905 600 DM
Gesamtzuschuß	9 835 500 DM

Diejenigen Mitglieder des Hohen Hauses, die dieser Gesamtabgleichung des Einzelplans 07 die Zustimmung erteilen, wollen sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei Stimmenthaltung von zwei Mitgliedern der Gruppe der Deutschen Gemeinschaft und eines Teils der Fraktion der Bayernpartei ist der Einzelplan 07 gebilligt.

Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, damit die Beratungen für heute abzubrechen. Die nächste Vollsitzung zur Fortsetzung des noch nicht erledigten Teiles der Tagesordnung findet statt am kommenden Dienstag früh 9 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 11 Uhr 50 Minuten)